

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Februargedenken 2017

Die Erinnerung an die Februartkämpfe von 1934 ist in die politische DNA unseres Bundes geschrieben. Traditionell gedenkt die Sozialdemokratie jedes Jahr rund um den 12. Februar in vielen Orten unseres Landes des Aufstandes für Freiheit, Demokratie und Republik und der Opfer der Februartkämpfe. Ein Beitrag von Gerald Netzl.

Die größte Kundgebung findet traditionell in Wien statt. Rund 200 bis 250 Genossinnen und Genossen trafen sich am Nachmittag des 10. Februar, auf Einladung des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, der Wiener SPÖ-Bildung und der Sozialistischen Jugend Wien vor dem Amtshaus Floridsdorf, unweit des 1934 heiß umkämpften Schlingenhofes. Die Begrüßung nahm Gemeinderat Marcus Schober vor.

Als erster Redner sprach Johannes Schwantner, unser Bundesvorsitzender: „Das Aufbäumen der Arbeiterschaft am 12. Februar 1934 war der letzte Versuch, die faschistische Diktatur abzuwehren. Auch heute versucht der Kapitalismus, die schwer erkämpften Verbesserungen der ArbeiterInnenbewegung zurückzudrängen und abzuschaffen. Das politische Motto von 1932 ‚Gegen Kapitalismus, gegen Faschismus und gegen die Reaktion‘ gilt heute ähnlich. Als DemokratInnen und AntifaschistInnen müssen wir das Demonstrationsrecht



Auch 2017 notwendig: Gemeinsames Februargedenken wie hier Freiheitskämpfer/innen, SJ und SPÖ beim Denkmal für die Februarpfer auf dem Friedhof Meidling

schützen und arbeitsrechtliche Verschlechterungen, wie etwa die Verlängerung der täglichen Normalarbeitszeit, verhindern.“

Fiona Herzog, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien, hielt in ihrem Redebeitrag fest: „Auch nach 83 Jahren stehen wir noch hier und erinnern uns. Denn als AntifaschistInnen wissen wir, wie wichtig es ist, sich mit der Geschichte zu befassen und niemals zu vergessen. Es ist auch ein Versprechen an die Zukunft, wenn wir heute hier stehen.“ Herzog ging infolge auf aktuelle Entwicklungen und Ereignisse in Österreich, wie etwa die Proteste gegen den Akademikerball, ein. Fiona Herzog weiter: „Wer Sicherheit

möchte, muss in erster Linie soziale Sicherheit schaffen. Hören wir auf, über Kopftücher zu sprechen, als würden sie unsere Existenz bedrohen, hören wir auf, immer mehr Geld für

Lebensaufgabe. Anschließend ging Ludwig auf die Courage der Februar-HeldInnen ein, die mit ihrem Leben für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit kämpften. Sorge bereite ihm die

Entwicklung, dass immer öfter versucht werde, Keile in Gesellschaften zu treiben: „Es gilt, wachsam zu sein und gezielt ein Klima des Miteinanders zu fördern.“ Als besondere Herausforderung bezeichnete Ludwig das „virtuelle Klima in den manchmal ganz und gar nicht sozialen Medien“. Dort ließen sich „Radikale, auch Mandatäre von politischen Mitbewerbern, immer öfter

Grenzschatz bereitzustellen anstatt für Schulen. Denn ein System, das auf Ausbeutung und Ungleichheit basiert, kann niemals zu Stabilität und Frieden führen.“

Der SPÖ-Vorsitzende des Gastgeberbezirks Floridsdorf, Stadtrat Michael Ludwig, erinnerte sich, dass auf den Tag genau vor 33 Jahren Rosa Jochmann die Rede beim Februargedenken hielt und dass vor 25 Jahren die Entscheidung fiel, mit dem Februargedenken an ehemalige Kampfstätten zu gehen. Treuer musikalischer Begleiter seit 25 Jahren – oft bei Eiseskälte – ist die Gruppe „Morgenrot“. Seit jeher betrachte er Bildungsarbeit als persönliche

völlig hemmungs- und rücksichtslos“ aus: „Intoleranz, Hetze und Respektlosigkeit haben weder im Alltag noch in der virtuellen Welt etwas zu suchen!“, so Ludwig. Die Veranstaltung endete mit der „Internationale“.

Gemeinsames Februargedenken mit den SPÖ Bezirksorganisationen fand auch dezentral in Wien statt, in Margareten, Meidling, Hietzing, Penzing, Währing / Döbling und Floridsdorf sowie in den Bundesländern wie etwa in Kärnten oder in Niederösterreich in Mödling, Schwechat, St. Pölten und Wöllersdorf. Einige Berichte zu Gedenkveranstaltungen in den Bundesländern finden sich in der vorliegenden Ausgabe. ■



Für unsere KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen

Die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen ist neben unserem antifaschistischen Engagement das wichtigste Anliegen der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, von uns besucht.

Insgesamt entfällt im Durchschnitt ein guter halber Tag pro Woche auf diese, natürlich ehrenamtliche, Betreuung. Die Bedeutung der Hausbesuche besteht darin, durch persönliche Gespräche der Vereinsamung der Opfer entgegenzuwirken. Da alle Betreuten schon sehr betagt sind, kümmern wir uns vor allem um ihre gesundheitliche Lage. Dabei konnten wir schon oft Hilfestel-

lung für eine Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung des Pflegegeldes geben.

Ein besonderes Anliegen sind uns Beratung und Hilfestellung für die Zuerkennung beziehungsweise die Erhöhung von Opferrenten aufgrund haftbedingter Gesundheitsschäden.

Genosse Peter Weidner begleitet

die KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen auch ins Sozialministeriumservice (vormals Bundessozialamt und noch früher Landesinvalidenamt), um dort mit ihnen um einen Parkausweis nach § 29 b anzusuchen und begleitet sie zum ärztlichen Sachverständigen. Diese § 29 b-Parkausweis-Bestimmungen gelten auch für Lenkerinnen und Lenker von Fahrzeugen, während sie einen Menschen, der diesen Ausweis besitzt, befördern.

Ebenso ein Anliegen ist uns die Beratung für Zuschüsse zu Heilbehelfen (Brillen, Hörgeräte,

Zahnersatz, orthopädische Versorgung usw.). Weiters leisten wir Beratung für die Zuerkennung von Zuschüssen für Spitalsaufenthalte. Auch bei der Befreiung von Gebühren für Rezepte und Rundfunk sowie der Telefongrundgebühr konnten wir schon oft helfen, ebenso bei der Eintragung des Freibetrages aufgrund des Vorliegens eines Opferaussweises oder einer Amtsbescheinigung. Von den von uns Betreuten beziehen viele eine Ausgleichszulage. Für sie wird jedes kaputt gegangene Haushaltsgerät, jede neue Brille oder gar ein Zahnersatz zum großen finanziellen Problem.

Information zur Opferfürsorge

Die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxfonds Opferfürsorge wurden ab 1. Jänner 2017 wie folgt erhöht:

Für **Aushilfen**: Einzelpersonen 1.600,- Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.227,- Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 314,- Euro. Alle Beträge, auch die folgenden, netto monatlich. Einmalige Aushilfen werden bei finanzieller Bedürftigkeit insbesondere zur Anschaffung von Wäsche und Bekleidung, zur Bestreitung der Heizkosten sowie zur Instandhaltung der Wohnung gewährt. Finanzielle Bedürftigkeit ist jedenfalls anzunehmen bei Bezieherinnen und Beziehern einer Ausgleichszulage. Außer Betracht bleiben bei den Einkommensgrenzen Opferfürsorge-Grundrenten, Pflegegelder und Unfallrenten.

Für **Spitals-, Kur-, Reha- beziehungsweise Erholungsaufenthalte**: Einzelpersonen 1.919,- Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.466,- Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 314,- Euro. Zur Linderung einer Notlage, die im Zusammenhang mit einem stationären Spitalsaufenthalt entstanden ist, kann bei finanzieller Bedürftigkeit eine finanzielle Aushilfe auch an Ehegatt/inn/en beziehungsweise Lebensgefähr/inn/en von Rentenbezieher/inn/en und auch an Opferaussweisinhaber/inn/en gewährt werden. Der Spitalsaufenthalt muss von mindestens zehntägiger Dauer gewesen sein. Mehrere Aufenthalte innerhalb eines Jahres können zusammengezählt werden. Die Höhe der Spitalsaushilfe beträgt 300,- Euro. Es kann jedoch pro Kalenderjahr jeweils nur einmal eine solche Aushilfe gewährt werden.

Für **Darlehen**: Einzelpersonen 2.308,- Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.739,- Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 314,- Euro. Für Aushilfen bei **Heilfürsorgeleistungen**: Einzelpersonen 1.865,- Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.354,- Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 314,- Euro, alles netto monatlich.

Zuschüsse für **Zahnkronen** 120,- Euro, **einohrige Hörgeräteversorgung** 720,- Euro, **beidohrige Hörgeräteversorgung** 1.080,- Euro, **Krankenbetten** und **Krankenfahrstühle** 720,- Euro, **Schbehelfe** und **Brillen** 285,- Euro, **orthopädische Schuhe** 281,- Euro, **sonstige Heilbehelfe** und **Hilfsmittel** 200 Euro, **psychotherapeutische Behandlungen** (ohne Einkommensgrenze) bis zur Höhe des dreifachen Betrages des Kostenzuschusses des Krankenversicherungsträgers.

Einmal im Jahr kann beim Ausgleichstaxfonds Opferfürsorge um eine einmalige finanzielle Aushilfe angesucht werden. Die Höhe der finanziellen Aushilfe beträgt grundsätzlich – außer in Ausnahmefällen – 900,- Euro.

Bei allen Fragen steht Ihnen **Peter Weidner** telefonisch unter 0664/533 88 29 oder per E-Mail (p.weidner@aon.at) mit Rat und Tat zur Seite. Er besucht Sie auch zu Hause, berät Sie, füllt mit Ihnen Formulare aus und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter.

Verleihung der Otto-Bauer-Plakette in Kärnten

Im Rahmen des Landesparteivorstandes der SPÖ Kärnten wurde Bürgermeisterin Dr. Maria-Luise Mathiaschitz, Mag. Heinz Pichler, Martin Gressl und Dr. Alfred Wurzer von SPÖ-Vorsitzenden Landeshauptmann Peter Kaiser sowie von Werner Pikalo, Präsidiumsmitglied und Prof. Vinzenz Jobst, Landesvorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer Kärnten, die Otto-Bauer-Plakette verliehen.

„Der Kampf gegen den Faschismus ist zunächst ein Kampf gegen

die Gleichschaltung der Gehirne, gegen die die Verstaatlichung des Denkens. Der Kampf um das Recht eines jeden, sich aus eigener Erfahrung und eigenem Denken sein Weltbild zu gestalten und seine Stelle in den gesellschaftlichen Kämpfen zu wählen“, zitierte Landeshauptmann Kaiser Otto Bauer.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, Vinzenz Jobst, sagte, dass sich die heute mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichneten Persönlichkeiten besonders um die

Gedenkkultur in Kärnten verdient gemacht haben. Landeshauptmann Kaiser wies darauf hin, dass auch ihre Bemühungen und Recherchearbeit dazu beigetragen haben, dass an der neu gestalteten Gedenkstätte der Opfer für ein freies Österreich am Friedhof in Klagenfurt-Annabichl 3.175 Kärntner Opfern des Faschismus mit ihren Namen verzeichnet seien, um ihnen so ihre Identität

und Würde wiederzugeben und sie vor dem Vergessen zu bewahren. ■



V.l.n.r.: Werner Pikalo, LH Kaiser, Alfred Wurzer, Bgm. Mathiaschitz, Vinzenz Jobst, Heinz Pichler, Martin Gressl

Gelungener Start ins Jahr

Am 23. Jänner ist der Oberösterreichische Landesverband der Freiheitskämpfer/innen kraftvoll in das neue Jahr gestartet. Die wichtigsten Impulse hat Elysa Waltner für unsere Zeitung zusammengefasst.

Im guten Einvernehmen mit der SPÖ-Bildung wird es, zusätzlich zu den Gedenkveranstaltungen, in Zukunft eine Reihe von gemeinsamen Bildungsveranstaltungen geben, die verstärkt die Jugend ansprechen sollen.

Die Präsentation des Buches „Die Identitären“, zu der wir gemeinsam eingeladen hatten, war der gelungene Auftakt.

Die AuroInnen Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl langweilen uns in diesem Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa nicht mit Modeschlagworten wie GlobalisierungsverliererInnen oder WutbürgerInnen. Sie gehen vielmehr dem Thema Nationalismus auf den Grund, spüren den Wurzeln vor und während des Ersten Weltkrieges nach, beleuchten AkteurInnen der ‚Konservativen Revolution‘ in all ihren vielschichtigen Facetten.

Sie gehen auf prägende Persönlichkeiten wie Carl Schmitt oder auch Ernst Jünger und deren irrationale Welt- und Kriegssicht ein und spannen den Bogen über die Weimarer Republik bis zur Zwischenkriegszeit – als Nährboden für die weitere Entwicklung. Sie erklären die Entstehung von prägenden Begriffen, benennen die neuen rechten Medien und zeigen auf, wer dahinter steht.

Dankenswerterweise hat sich Mitautorin Natascha Strobl bereit erklärt, dieses ausführliche Werk persönlich zu präsentieren und anschließend auch zahlreiche Fragen zu beantworten. In einer kompakten Übersicht hat sie in einem etwa einstündigen Referat die historischen Vorlagen, Gemeinsamkeiten und Querverbindungen zwischen europäischen Ländern, bis hin zu den zielführenden Strategien rechter Bewegungen gezeigt. Ein absolut



Sitzend: Helmut Ruß, Albert Langanke, Margarethe Benedics; Stehend: Helga Buchinger, Dieter Strobl, Leo Praschl

lesenswertes Buch für alle, die Erklärungen und Antworten suchen.

Bei der Nachbesprechung im kleinen Kreis wurden auch zukünftige Vorhaben erörtert. Unter anderem findet Dieters Vorschlag, gemeinsam mit der SPÖ-Jugend eine Bildungsfahrt nach Theresienstadt zu organisieren, großen Anklang. Zum positiven Blick in die Zukunft trägt auch Helmut Ruß bei. Der 53-jährige gelernte Buchhändler und derzeitige GPA-

djp-Regionalsekretär mit viel Lebens- und Berufserfahrung wird bei der Konferenz am 24. April in den Vorstand gewählt werden. Sein antifaschistisches Engagement stellt er schon jetzt, auch als stellvertretender Vorsitzender der SPÖ-Sektion Bindermichl unter Beweis.

Gehen wir es an, mit Zuversicht und Einsatzfreude; kein Fußbreit den Faschisten! Freundschaft!

Februargedenken in Kärnten

Mit Kranzniederlegungen am Friedhof Annabichl/Klagenfurt sowohl am Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich als auch am Grab des Freiheitskämpfers und späteren Kärntner Landtagspräsidenten Hans Pawlik gedachte die SPÖ Kärnten der Ereignisse vor 83 Jahren.

Der 12. Februar 1934 war der Beginn der Februarkämpfe, als das Dollfuß-Regime mit Waffengewalt gegen den Republikanischen Schutzbund und die Sozialdemokratie

vorging und der Demokratie in Österreich ein Ende setzte. Hunderte Tote und zahlreiche Verletzte waren die Folge, neun Sozialdemokraten wurden standrechtlich hingerichtet, mehr als 1.200 eingekerkert

Landeshauptmann Kaiser wies darauf hin, dass es damals keine Gesprächsbereitschaft zwischen den politischen Lagern gegeben habe.



Die SPÖ Kärnten im Gedenken an die Opfer des 12. Februar 1934 am Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich

Aus der Geschichte könne man die Lehre ziehen, dass diese Gesprächsbereitschaft unabdingbar für die Demokratie und ihre Aufrechterhaltung sei.

„Der 12. Februar ist ein Tag an dem Demokratinnen und Demokraten jährlich an die Demokratie erinnern. Viele sehen die Demokratie als Selbstverständlichkeit. Doch gerade in schwierigen Zeiten wie den heutigen, müssen wir stets wachsam sein und einschreiten, wenn die Erungenschaften und Grundlagen der Demokratie in Frage gestellt werden“, machte Kaiser die Aktualität des Gedenkens für gegenwärtiges Handeln deutlich.

Kaiser zitierte den Freiheitskämpfer und späteren Kärntner Landtagspräsidenten Hans Pawlik, der auf die Frage, was er den Jungen mitgeben würde, antwortete: „Unsere Aufga-

be ist es, für die Menschen, für alle Menschen da zu sein“.

An der Gedenkveranstaltungen neben SPÖ-Landesparteivorsitzenden Landeshauptmann Peter Kaiser, die Witwe Hans Pawliks, Annie Pawlik, Heinz Pichler und Werner Pika von den Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, SPÖ-Landesgeschäftsführer Daniel Fellner, SPÖ-Klubobmann-Stv. LABg. Andreas Scherwitzl, LABg. Ines Obex-Mischitz, Vzbgm. Jürgen Pfeiler, Stadträtin Ruth Feistritzer, der Leiter des Renner-Instituts Kärnten, Harry Koller, die Klagenfurter GemeinderätInnen Sarah Steiner, Michaela Ambrozy, Gerhard Leitner, Christian Glück und Franz Petritz sowie eine Abordnung der SJG Kärnten mit ihrem Vorsitzenden Luca Burgstaller und weitere zahlreiche VertreterInnen der Kärntner Sozialdemokratie teil.



„Wir werden morgen an die Arbeit gehen...“

In seinem Beitrag beleuchtet Alexander Neunherz die Ereignisse des 12. Februar 1934 aus Salzburger Sicht.



Junge SozialdemokratInnen mit Landesvorsitzendem Matteo Gebhart (2.v.l.) bei der diesjährigen Gedenkfeier am Salzburger Hauptbahnhof

In Salzburg kam es am 12. Februar zu einem Treffen des sozialdemokratischen Parteivorstandes mit den wichtigsten Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes. Die Polizei nutzte diese Gelegenheit aus und verhaftete dort sämtliche Funktionäre. Doch man hatte vorgesorgt: Aus Angst vor Razzien wurden die Waffen des Schutzbundes zuvor aus den Parteiheimen entfernt und auf kleinere Lager aufgeteilt. Doch nun sollte sich diese Vorgehensweise rächen. Da die privaten Verstecke nur wenige hochrangige Funktionäre kannten, war eine Waffenausgabe aufgrund der Inhaftierungen nicht mehr möglich. Somit fielen am 12. Februar keine Schüsse in der Salzburger Landeshauptstadt.

„In Salzburg begannen die eigentlichen Aktionen dann erst am 13. Februar mit Streiks der Arbeiter in der Brauerei Kaltenhausen, der Wasserbauarbeiter und der Arbeiter der Zellulosefabrik. Die rund 200 beteiligten Schutzbündler wurden dabei von Landtagsvizepräsident Anton Neumayr (SDAP) beschwichtigt. Der Aufstand sei aussichtslos, Gewalt das falsche Mittel. In der Folge wurden Neumayr und die gesamte Halleiner Streikleitung (rund 30 Personen) verhaftet.“ [1]

In manchen Landgemeinden

war es hingegen möglich gewesen, Sprengstoff an einzelne Schutzbündler auszugeben. Einer Übermacht von Exekutive und Heimwehr gelang es jedoch, die Arbeiter rasch zu stellen. Überall im Bundesland wurden sozialdemokratische Parteiheime und -lokale aufgebrochen und besetzt. Die Tiroler Heimwehr mischte aus Rache für den missglückten Aufstand ebenfalls mit. So wütete etwa die „Penz-Platte“ in Schwarzach, ein gefürchteter Heimwehr-Schlägertrupp aus Innsbruck.

Dennoch gelang es immer wieder, kleinere Widerstandsaktivitäten durchzuführen. In Utendorf wurden beispielsweise Gleise der Pinzgauer Lokalbahn verlegt. In der Landeshauptstadt blockierte ein gesprengter Leitungsmast die Eisenbahnstrecke. Auch die Tageszeitung „Salzburger Chronik“ berichtete am 16. Februar über solche Sabotageakte:

„Wie von der Direktion der Salzkaemmergut-Lokalbahn mitgeteilt wird, wurde in der vergangenen Nacht auf der Bahnlinie, und zwar bei Kilometer 57.7 beim Hallwanger Bogen ein verbrecherischer Anschlag verübt. Es wurde eine Schiene gesprengt, wodurch der Zugverkehr für

einige Zeit unterbrochen war. Der Frühzug kam mit eineinhalbstündiger Unterbrechung in Salzburg an.“ [2]

Vor allem die sozialdemokratischen Eisenbahner leisteten verbissenen Widerstand, allerdings war es ihnen aufgrund ihres reduzierten Personalstandes nicht möglich gewesen, den Generalstreik zu befolgen. Alle Dienststellen der Bundesbahn in Salzburg konnten so von Heimwehrluten und den sogenannten Freiheitsbündlern rasch besetzt werden.

Dennoch gelang es ihnen, die Drehscheibe der Remise II in Gnigl mit einer quergestellten Lok zu blockieren. So verhinderte man das Ausfahren der übrigen Lokomotiven aus dem Rundschuppen. Das eilig herbeigerufene Bundesheer konnte jedoch die Situation unter Kontrolle bringen. Am 16. Februar wurde dann der letzte Sabotageakt in der Stadt Salzburg registriert – im Nonntal wurde ein Bombenanschlag auf die Lokalbahnbrücke verübt.

Nach den Kampfhandlungen stellte die Polizei umfangreiche Untersuchungen zu den Vorkommnissen in Gnigl an, die jedoch weitestgehend erfolglos blieben. Ein Eisenbahner, der neun Monate in Untersuchungshaft gehalten wurde,

musste schließlich freigelassen werden. Seine Schuld am Sabotageakt war nicht nachweisbar.

Das Salzburger Polizeigefängnis war bis Mai 1934 mit sozialdemokratischen Funktionären überfüllt. Mit Ausnahme mancher Schikanen des Wachpersonals wurden die Häftlinge hier jedoch deutlich besser behandelt als in den restlichen Bundesländern. Dies mag auch an Landeshauptmann Franz Rehrl gelegen haben, der als konsensbereiter Politiker galt und somit kein Interesse an derartigen Repressionen hatte.

Der austrofaschistische Ständestaat ging hingegen mit ungeminderter Härte vor und legte nach den Kampfhandlungen die österreichische ArbeiterInnenbewegung lahm. Die Partei, die Gewerkschaften und alle befreundeten Organisationen wurden verboten. Rund 18.000 Personen wurden im Zuge der Februarkämpfe verhaftet. Österreich verlor damit die einzige Kraft, die vier Jahre später den NationalsozialistInnen wirkungsvoll hätte Widerstand leisten können. ■

Quellen:

[1] Mitteilungen der Alfred Klabr Gesellschaft

[2] Salzburger Chronik, Ausgabe vom 16. Februar 1934

Es waren österreichische Arbeiter, die dem Faschismus am 12. Februar 1934 mit Waffen entgegentraten. Knapp vier Jahre zuvor schwor die Heimwehr in Korneuburg ihren Eid und griff dabei „nach der Macht im Staate“. Die Rechtsbrüche der Regierung Dollfuß gipfelten im März 1933 in der Ausschaltung des Parlaments – die systematische Zerstörung der Demokratie hatte ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Doch die Provokationen und Schikanen nahmen auch in den kommenden Wochen weiter zu. Arbeiterheime und private Wohnungen wurden unter dem Vorwand, Waffen zu suchen, verwüstet. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen. Dann folgte am 11. Februar 1934 die nächste Provokation: Emil Fey, Heimwehrlführer und Innenminister verkündete unheilvoll: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten.“ Am Morgen des 12. Februars fielen in Linz die ersten Schüsse. Der Kampf hatte begonnen.

Immer wachsam bleiben

Auch in der Steiermark fanden heuer zahlreiche Gedenkveranstaltungen zum 12. Februar 1934 statt. Besondere erfreulich war der überraschend gute Besuch.

In Graz und Leoben hielt die Gedenkrede der Landesvorsitzende Werner Anzenberger. In wenigen Worten skizzierte er das Erstarken rechtsautoritärer Kräfte in der Ersten Republik, die Ausschaltung des Nationalrats und des Verfassungsgerichtshofs und die Demontage der Grundfreiheiten unter Engelbert Dollfuß.

Der Aufstand im Februar 1934 – eine bewaffnete Auseinandersetzung, kein Bürgerkrieg im eigentlichen Sinne – war eine Verzweiflungstat, von Anbeginn aussichtslos, aber von immenser Symbolkraft. Man kämpfte gegen die sich etablierende Diktatur, für Arbeit, Freiheit und Recht. Den immer wieder erhobenen Vorwurf, die Sozialdemokratie hätten Diktatur und „Bürgerkrieg“ mitverschuldet, weil sie gegen die diktatorischen Anmaßungen nicht bereits im März 1933 kon-

sequent aufgetreten wären, wies Anzenberger zurück.

Die Aufarbeitung der österreichischen Diktatur 1933 bis 1938 war äußerst schmerzlich und von enormen – auch emotionalen – Auseinandersetzungen in der Wissenschaft und der Politik geprägt. Wer autoritären Führungsstil und die Einschränkungen demokratischer Mitbestimmungsrecht als legitime Mittel ansieht, politische oder ökonomische Probleme zu lösen, wird den Aufstand der Arbeiterinnen und Arbeiter des Jahres 1934 für Arbeit, Freiheit und Recht anders beurteilen, als eine Historikerin oder ein Politiker, die bzw. der sich der Aufklärung und der Moderne, den liberalen Grundrechten und der demokratischen Verfassung von 1920 verpflichtet fühlt. Wer schlicht das zu schät-



Die gut besuchte Gedenkveranstaltung in Kapfenberg

zen weiß, was viele heute mit Stolz die europäischen Grundwerte bezeichnen.

Mittlerweile sei man jedoch, so Anzenberger, zu einer weitgehend akzeptierten Gesamtbetrachtung gelangt, die sich unabhängig von allfälligen politischen Präferenzen etabliert habe und historischen Tatsachen entspreche. Als Beispiel verwies Anzenberger auf die klaren Worte Reinhold Mitterlehners anlässlich der 70-Jahresfeier der ÖVP 2015, der das autoritärer Regime als „Kanzlerdiktatur“ bezeichnete, von der „sich die ÖVP klar distanziert“.

Den Abschluss der Gedenkfeier in Leoben gestaltete der Theaterverein „TheLectors“ unter der Leitung von Marco Luley.

In Bruck/Mur sprach Bundesminister Jörg Leichtfried. In berührenden Worten gab er die Erzählungen von älteren Verwandten und Bekannten wieder, die unmittelbar oder mittelbar in den Aufstand 1934 involviert waren. Er wies auf eine Solidarität zwischen der Bevölkerung und den Aktivisten hin, die man in heutiger Zeit nur noch selten finde. So haben ArbeitnehmerInnen eines gut eingeführten Handelsgeschäftes in Bruck die Februarkämpfer

mit Essen versorgt. Die Demokratie sei nicht in Stein gemeißelt, sondern müsse täglich verteidigt werden. Antidemokratische Anmaßungen, wie die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, seien in die Schranken zu weisen. Es gelte, immer wachsam zu sein.

In seiner Ansprache in Kapfenberg ging Gemeinderat Gernot Leskovar auf Details der Kämpfe in Bruck an der Mur ein. Er zitierte aus den Ministerratsprotokollen vom 12. Februar 1934, in denen Justizminister Schuschnigg, Bedenken äußerte, das Beistandsangebot des steirischen Heimatschutzes anzunehmen. Die Heimwehorganisation stand eindeutig dem Nationalsozialismus nahe. Dollfuß schlug diese Bedenken in den Wind.

Leskovar wies darauf hin, dass das Experiment, den Faschismus mit Faschismus zu besiegen, eindeutig gescheitert sei. Rechtsextremen und rechtspopulistischen Tendenzen in Österreich und Europa müsse man klar entgegen treten. Die Gefährdung der Demokratie beginne bereits mit der Wortwahl: So sei ein Posting von Heinz-Christian Strache, wonach in Österreich ein Bürgerkrieg drohe, völlig unangebracht. ■



Februargedenken Mödling

Bei der traditionellen Gedenkkundgebung der SPÖ-Bezirksorganisation Mödling und des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen für die Opfer des Februar 1934 mahnte Nationalratsabgeordneter Hannes Weninger vor Hassbotschaften und gezielten Falschmeldungen in sozialen Medien. „Der zunehmenden Verrohung der Sprache und der Denunzierung demokratischer Strukturen müssen wir couragiert entgentreten.“

Schattendorf 1927

Am 30. Jänner 2017 jährte sich der „Schattendorfer Zusammenstoß“ zum 90. Male. Der „Sozialdemokratische Kämpfer“ wird - beginnend mit diesem Ereignis - eine Reihe an Beiträgen zum Gedenkjahr 1927 in den kommenden Ausgaben veröffentlichen. Den Anfang macht Claus Michl-Atzmüller.

Die Frontkämpfer-Vereinigung Deutsch-Österreich wurde am 30. April 1920 gegründet. Die Ideologie der Bewegung hatte eine auffallende Nähe zur NSDAP. Das Programm beinhaltete zudem legitimistische Ansätze. Mitglieder waren ehemalige Soldaten der k.u.k. Armee, sowie zahlreiche Offiziere aller Dienstgrade. Prominente Mitglieder waren Adolf Eichmann sowie Emil Fey (Heimwehrführer).

Die Gründung des Republikanischen Schutzbundes erfolgte am 19. Februar 1923. Nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) aus der Regierungsverantwortung, dem Verlust von Macht und Einfluss auf Exekutive und Volkswehr, sah man in der Gründung des Schutzbundes die einzige Möglichkeit, die Interessen der Sozialdemokratie zu schützen. Mit Dr. Julius Deutsch stand der erste Heeresstaatssekretär der 1. Republik an der Spitze des Schutzbundes.

Im Burgenländischen Landtag herrschte zwischen den Parteien einige Jahre Konsens darüber, Konflikte auf demokratischem Wege auszutragen. Diese Vereinbarung hielt bis 1925/26. In dieser Zeit begann die Frontkämpfervereinigung vermehrt Ortsgruppen zu gründen, was die SDAP als Affront wertete. Es kam zunehmend zu Auseinandersetzungen, die von Frontkämpfern provoziert wurden. Die SDAP reagierte darauf bis zur Jahresmitte 1926 mit dem Aufbau erster Schutzbundortsgruppen. Das bürgerliche Lager begann nur wenige Monate nach dem Schutzbund mit der Aufstellung der Heimwehr, die im Burgenland „Heimatschutz“ genannt wurde.

Am 30. Jänner 1927 wurde Schattendorf, an der ungarischen Grenze

gelegenen, zum Schauplatz eines folgenreichen Ereignisses. An diesem Tage veranstalteten die Frontkämpfer eine Versammlung. Von dieser erfuhren die Schutzbündler und organisierten eine Gegenveranstaltung. Das Gasthaus Moser war das Vereinslokal des Schutzbundes, das Gasthaus Tscharmann jenes der Frontkämpfer. Der Schutzbund war klar in der Mehrheit, wodurch sich die Frontkämpfer aus den Nachbargemeinden Hilfe holten. Ein Zug mit den aus Wien erwarteten Frontkämpfern traf etwa um 14.40 Uhr am Bahnhof von Loipersbach-Schattendorf ein. Der Gruppe aus zehn Personen gehörten acht Frontkämpfer aus Mattersburg und zwei hohe Funktionäre aus Wien an: Hauptmann a. D. Anton Seifert sowie der Sekretär der Österreichischen Frontkämpfervereinigung, Josef Landgraf. Um 14.45 Uhr erreichten etwa 40 Mitglieder der Frontkämpfer-Ortsgruppe Loipersbach den Bahnhof, wo es zu einem Aufeinanderprallen mit rund 150

Schutzbündlern aus Klingenbach, Schattendorf, Draßburg und Baumgarten kam. Auf Grund der zahlenmäßigen Unterlegenheit traten die Frontkämpfer den Rückzug an und die Schutzbündler marschierten zurück zum Gasthof Moser, von wo aus sie zum Bahnhof aufbrachen.

Gegen 16.00 Uhr passierte der Zug des Schutzbundes ein weiteres Male das Gasthaus Tscharmann. Einige Schutzbündler sollen mit den Worten „Nieder mit den Frontkämpfern, nieder mit den christlichen Hunden, nieder mit den monarchistischen Mordbuben in das Gasthaus Tscharmann eingedrungen sein. Während Josef Tscharmann Schüsse auf die gegenüberliegende Hofmauer abgab, um die bereits in den Hof und in die Küche hineingedrungenen Schutzbündler zu verjagen, feuerten sein Bruder Hieronymus sowie Johann Pinter von einem straßenseitigen, vergitterten Fenster auf die Straße. Auch Josef Tscharmann kam in das vordere Zimmer und feuerte zumindest einen Schuss ab, wie er später selber gestand. Doch war zu diesem Zeitpunkt die überwiegende Mehrzahl der Schutzbündler bereits ab- bzw. vorbeigezogen. Der

kroatische Kriegsinvalide Matthias Csmarits aus Klingenbach und der sechsjährige Josef Grössing wurden durch die Schüsse getötet und weitere fünf Menschen schwer verletzt.

Am 2. Februar 1927, dem Tag der Begräbnisse der beiden Getöteten, wurde um 11.00 Uhr ein 15-minütiger Generalstreik abgehalten.

In der Nationalratssitzung vom 3. Februar 1927 kam es zu tumultartigen Szenen, denn die Sozialdemokratischen Abgeordneten forderten in einer dringlichen Anfrage die Regierung auf, die Täter von Schattendorf zu Verantwortung zu ziehen und die Frontkämpfervereinigung aufzulösen.

In der Burgenländischen Landtagsitzung vom 8. Februar 1927 verurteilten alle vertretenen Parteien die Ereignisse auf das Schärfste. In einer gemeinsamen Resolution riefen sie dazu auf, politische Auseinandersetzung mit geistigen Waffen auszutragen und die Absicht gegen „hochverräterische Elemente“ mit aller Härte und Strenge vorzugehen. ■



Die Begräbnisse in Klingenbach und Schattendorf waren beeindruckende sozialdemokratische Kundgebungen, an denen mehr als 10.000 Personen teilnahmen



Heute zwischen gestern und morgen

Am 30. Jänner 2017 jährten sich zum 90. Mal jene Ereignisse, deren Folgen die junge Republik Österreich in ihren Grundfesten erschüttern sollten. Im Burgenland wurde der Ereignisse auf besondere Weise gedacht.



Gabi Tremmel-Yakali und Susanna Steiger-Moser mit den Diskutierendes Abends: Gerhard Baumgartner, DÖW, Ilse Reiter-Zatloukal, Institut für Rechtsgeschichte der Universität Wien, Landesgerichtspräsident Friedrich Forsthuber, Norbert Gerstberger, Richter des LG für Strafsachen Wien

Der Freiheitskämpfer/innen Landesverband Burgenland organisierte gemeinsam mit den Gemeinden Schattendorf und Klingenbach, dem Land Burgenland, BSA Burgenland, der Geschichtswerkstatt Burgenland, dem Landesschulrat für Burgenland, ÖGB, der AK Burgenland, SPÖ, SJ und den Kinderfreunden eine Gedenkveranstaltung zu den Ereignissen in Schattendorf 1927.

Am Nachmittag wurde der beiden Opfer in Schattendorf und Klingenbach gedacht. Zahlreiche Menschen begeisterten uns. In Schattendorf gaben uns BM Dr. Brandstetter und Staatssekretärin Muna Duzdar die Ehre. Beide wiesen auf die Bedeutung des Ereignisses für die österreichische Geschichte hin und zogen Parallelen mit der Gegenwart. Die SchülerInnen der Neuen Mittelschule Schattendorf boten Textsequenzen aus einem EU-Projekt, das sich mit dem Thema beschäftigt hatte.

Am Abend fand die Veranstaltung ihre Fortsetzung in der Bauermühle Mattersburg. Eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion diskutierte über das Urteile von 1927 und dessen

Folgen sowie Lehren, die für die Gegenwart aus den Ereignissen gezogen werden können. Gezeigt wurde auch ein halbstündiger Film aus Sequenzen des im Jahre 2012 nachgestellten Schattendorfprozesses.

Gewaltlösung in Österreich

Begleitet wurde die Veranstaltung durch die Ausstellung „1927: Gewaltlösung in Österreich“ - kuratiert von Dr. Brigitte Pellar und Ernst Jaritz, mit Unterstützung von Institut für Wissenschaft und Kunst, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, ÖGB Wien, AK Wien Institut für Gewerkschaftsgeschichte und Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus. Es wird die Radikalisierung des täglichen Lebens, die Bildung paramilitärischer Verbände und deren Auswirkungen auf die Entwicklung in Politik und Gesellschaft von 1923 bis 1945 dargestellt. Die Ausstellung wird im Jahr 2017 über die Geschichtswerkstatt Burgenland den burgenländischen Schulen zum Besuch angeboten.

Die Veranstaltung in der Bauermühle wurde von 200 Interessierten verfolgt. Auch das mediale Interesse war groß. Schon am Samstag davor wurde Susanna Steiger-Moser zum Live-Interview ins Studio Burgenland eingeladen. Radio Burgenland gestaltete eine halbstündige Sendung in „Burgenland extra“, die die Diskussion in der Bauermühle zusammenfasste. Auch die Kroatischredaktion brachte am Sonntag darauf einen Beitrag darüber – Johann Csmarits, eines der Opfer, gehörte der burgenländischen Volksgruppe der Kroaten an.

Im ORF-Beitrag wurde die Frage aufgeworfen, warum die Gemeinde Schattendorf noch immer keine Gedenktafel am Ort des Geschehens angebracht habe. Mag. Friedrich Forsthuber

Die Landesvorsitzende Susanna Steiger-Moser schloss ihre Rede in der Bauermühle mit der Aufforderung: „Die heutige Diskussion über die Ereignisse von 1927 soll uns Anlass sein, darüber nachzudenken, wie wir heute mit derartigen Situationen umgehen. Gibt es heute Stimmen, die zur Umsicht, zur Besinnung aufrufen, wenn wieder einmal die politische Sprache eskaliert, wenn demokratische Entscheidungen angezweifelt werden, wenn es zu Hasspostings in den neuen Medien kommt? - Wenn es sie vereinzelt doch noch gibt, und wir geben ja die Hoffnung nicht auf, müssen wir trotzdem die Frage stellen – werden sie in dem Überangebot an Meinungsäußerungen, ob überlegt oder nicht, überhaupt noch



Die Ausstellung von Brigitte Pellar und Ernst Jaritz war bis Ende Februar in der Bauermühle Mattersburg zu besichtigen. Ab 29. März bis Ende Oktober 2017 wird sie als erweiterte Ausstellung mit Objekten aus der Sammlung Jaritz in der Schuhmühle Schattendorf der Öffentlichkeit und den Schulen zum Besuch angeboten. Kontakt Gemeindeamt Schattendorf: Tanja Martinek 02686/2175, in der Zeit von 7.30 -16 Uhr

nahm dies bei zum Anlass für einen Text, der vielleicht von beiden Seiten (Familie Tschermann und Gemeinde Schattendorf) akzeptiert werden könnte: „Zum Gedenken an die Opfer der Ereignisse von Schattendorf am 30.1.1927.

Die gewaltsame Austragung politischer Konflikte war ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Ausschaltung des demokratischen Rechtsstaats.“

gehört? Ich gebe die Hoffnung nicht auf.

Wir Freiheitskämpfer/innen treten gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus auf und wir vertreten Werte wie Freiheit, Gleichheit, Humanität und Solidarität. Das ist die Motivation für den heutigen Tag und dieser Veranstaltung und dafür danke ich allen die zum Gelingen beitragen.“ ■

Holocaust-Gedenktag: Auschwitz als Symbol und Mahnung

„Ihr, die ihr hier eintretet, lasst alle Hoffnung fahren.“ So steht es am Höllentor in Dantes „Commedia“. Tadeusz Smreczynski musste daran denken, als er im Mai 1944 nach Auschwitz-Birkenau kam und durch das Tor mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“ trat. Ein Beitrag von Alexander Neunherz.

Der junge Pole sollte das Konzentrationslager überleben, trotz der unmenschlichen Arbeitsbedingungen im Baukommando. Doch fast immer bedeutete dieser Ort Tod und Vernichtung: Mehr als eine Million Juden wurden zwischen 1940 und 1945 ermordet. Sie wurden vergast, erschossen oder kamen bei grausamen Experimenten ums Leben. Auschwitz: die Fabrik des Todes;

Die Herren dieser eingezäunten Hölle waren die Totenkopfverbände der SS. Sie vollstreckten und verwalteten den täglichen Massenmord. Ein ausgeklügeltes System der Täuschung ermöglichte vom Abtransport bis zur Ankunft im Lagerkomplex den reibungslosen Ablauf.

In Auschwitz-Birkenau angekommen, begann umgehend die Selektion. Dabei entschied sich, wer durch Gas sterben musste und wer durch Arbeit. Der Massenmord nach Plan wurde bis zum letzten Entsetzen ausgeführt – mechanisch, systematisch und gründlich. Am Ende wechselten Zahnrad, Uhren

und Schmuck die Besitzer. Die Leichen wurden verbrannt, nichts sollte von ihnen übrig bleiben.

Am 27. Jänner 1945 erreichte schließlich die Rote Armee das Konzentrationslager. Die Ausmaße des Verbrechens ließen sich rasch erahnen, als man 350.000 Herrenanzüge und 837.000 Kleidungsstücke für Frauen im Lager vorfand. Viele Gefangene waren zu diesem Zeitpunkt bereits verlegt oder auf Todesmärsche geschickt worden. Lediglich 7.600 Häftlinge konnten noch lebend vorgefunden werden.

Marko Feingold überstand diese Hölle. Der älteste Holocaust-Überlebende Österreichs ist heute als Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg weit über unsere Staatsgrenzen hinaus bekannt und geschätzt. Als dieser in Auschwitz-Birkenau sein Geld abgeben musste, meinte ein Mithäftling bloß: „Du wirst es nicht mehr brauchen, deine Lebenserwartung beträgt drei Monate, dann gehst du durch den Kamin.“ Doch er überlebte – nicht nur dieses Konzent-



Der Salzburger Landesverband der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen war auch heuer bei der Gedenkfeier am Antifaschismus-Mahnmal präsent

rationslager, sondern auch Dachau und Buchenwald.

Nach Kriegsende war die Auseinandersetzung mit Auschwitz lange tabu. Erst 1961 wurde das Vernichtungslager – ausgelöst durch den Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem – zu einem Thema. Auch die danach stattfindenden Auschwitzprozesse vor dem Schwurgericht in Frankfurt am Main halfen mit, die unfassbaren Gräueltaten ans Tageslicht zu bringen.

Im Jahr 2005 erklärten die Vereinten Nationen den 27. Jänner schließlich zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Seit 2015 wird auch

in Salzburg mit einer großen Veranstaltung beim „Antifaschistischen Mahnmal“ an die Leidtragenden erinnert.

Der 27. Jänner ist kein Feiertag im herkömmlichen Sinne, aber dennoch von immenser Bedeutung. Die ehemalige deutsche Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth meinte dazu vor einigen Jahren: „Sich den bedrückendsten Wahrheiten unserer Geschichte zu stellen, ist unverzichtbar. Dazu verpflichten uns die Opfer, ihre Angehörigen und Nachkommen.“ Für uns selbst ist es ebenfalls notwendig, um den Zusammenhang von Erinnerung- und Zukunftsfähigkeit besser zu begreifen. ■

„Seid stark, mutig und wachsam!“



SJÖ- und BJV-Vorsitzende Julia Herr bei der Kundgebung am Heldenplatz

Am 27. Jänner 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von der Sowjetarmee befreit. Stellvertretend

für alle Orte der Shoa wurde das Datum der Auschwitz-Befreiung 2005 von der UNO als Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust ausgerufen. In Wien findet jedes Jahr auf dem Heldenplatz beim Weiheraum des äußeren Burgtorseine eine Kundgebung der überparteilichen Plattform „Jetzt Zeichen setzen“ statt. Der Landesverband Wien unseres Bundes unterstützte die Kundgebung maßgeblich finanziell durch die Übernahme der Kosten für die Bühne.

Von den vielen Botschaften wollen wir zwei besonders hervorheben: Julia Herr, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich, die als Vorsitzende der Bundesju-

gendvertretung sprach, und die Ravenbrückerin Käthe Sasso.

Julia Herr blickte auf den Bundespräsidentenwahlkampf zurück und erwähnte das „Video von einer 89-jährigen Pensionistin aus Wien namens Gertrude. Manche hier haben es vielleicht gesehen. Denn es war das meist verbreitete Video im gesamten Wahlkampf. Sagenhafte vier Millionen Aufrufe erzielte das Video. [...] Es war ein Video das so viele berührt hat, auch mich.“ Julia Herr betonte die Verantwortung der heutigen Jugend, dass sich Auschwitz niemals wiederholen dürfe.

Käthe Sasso konnte leider nicht zur Kundgebung kommen. Ihre

mahnenden Worte verlas Abg. Petra Bayr. „Seit mehr als 65 Jahren kämpften wir um die Anerkennung der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof, wo die im Wiener Landesgericht geköpften österreichische Frauen und Männer, die nur anderen helfen wollten oder gegen die Besetzung ihres Landes waren, bestialisch hingerichtet wurden. [...] Meine Bitte an euch alle, besonders die Jugend, seid stark, mutig und wachsam, kämpft gegen Faschismus, Krieg und Unmenschlichkeit und für ein freies, demokratisches Österreich.“

Julia Herr, Petra Bayr, Käthe Sasso – drei Generationen starker antifaschistischer Frauen! ■

Holocaustgedenken in Klagenfurt

Mit einer beeindruckenden wie vielstimmigen Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag erinnerte die Stadt Klagenfurt an das dunkelste Kapitel der Geschichte. Es war die mittlerweile fünfte Matinée, zu der die Stadt ins Künstlerhaus geladen hat.

Neben den Gedenkrednern Charlotte Knobloch, langjährige Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und Univ. Prof. Dr. Peter Gstettner, Vorsitzender des Gedenkbeirates der Stadt Klagenfurt, beeindruckte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem das Video, das Studenten und Studentinnen der Alpen-Adria-Universität unter Leitung von Dr. Mag. Nadja Danglmaier zum Thema Holocaust-Gedenken gedreht haben. Mit einer Trauerminute wurde auch des verstorbenen Ari Rath, einem unermüdlichen Mahners wider des Vergessens, gedacht.

Für das Video befragten die Studierenden Menschen unterschiedlichen Alters zu ihrem Bezug und ihren Erinnerungen zum Begriff Holocaust und kombinierten die Sequenzen mit stillen, bewegenden Bildern. Und viele erzählten, wie das Thema noch vor Jahren totgeschwiegen worden ist. Bürgermeisterin Dr. Maria-Luise Mathiaschitz dankte im Namen aller Anwesenden für diese berührende und auch aufrüttelnde Arbeit.

„Wir brauchen solche Gedenktage, solche Gedenkveranstaltungen wie heute. Denn unsere Aufgabe ist es, an die Unmenschlichkeit zu

erinnern, zu der Menschen fähig sein können, den Ermordeten, Erniedrigten und Gequälten eine Stimme zu geben und zu mahnen“, erklärte die Bürgermeisterin. Und es sei wichtig und notwendig, dass sich junge Menschen damit beschäftigen.

„Denn es geht nicht nur um Erinnerung und gegen das Vergessen, sondern auch um die Mahnung für Gegenwart und Zukunft. Heute ist es leider wieder notwendig gegen Rassismus, Intoleranz, Respektlosigkeit gegenüber dem Anderen, dem Anders-sein, aufzustehen. Wir leben in einer Zeit, wo sich wieder Gräben in der Gesellschaft auftun, eine Zeit in der Populisten Unsicherheit und Ängste schüren, wo gegen das ‚Andere‘ gehetzt wird und die sogenannten sozialen Medien ein Tummelplatz für Hetz – und Hasstraden sind. Nehmen wir die schreckliche Vergangenheit wirklich als Mahnung, lassen wir uns nicht trennen, sehen wir Toleranz, Respekt, den Schutz der Würde des Menschen als gemeinsame Ziele und treten wir entschieden gegen Diskriminierung und Radikalisierung, gleich von welcher Seite sie kommen, auf“, mahnte die Stadtchefin. Und sie erklärte auch, dass die Stadt wichtige Schritte in der Erinnerungskultur gesetzt hat und

noch weiter setzen wird.

Als Gedenkrednerin sprach in diesem Jahr Charlotte Knobloch zu den Anwesenden. Nach einer berührenden Erinnerung zurück in ihre Kindheit, als sie selbst als „Judenkind“ missachtet, ihre Familie zerrissen, Vater und Großmutter deportiert wurden, sie selbst nur vor dem Holocaust gerettet wurde, weil eine nahe stehende katholische Familie sie auf ihrem Bauernhof aufnahm und als ihr eigenes Kind ausgab, dankte sie allen, die heute mutig und kompromisslos gegen das Vergessen eintreten. „Sie alle markieren den Gegenpol und stehen für die Ablehnung von Hass, Kälte und Intoleranz“ sprach Charlotte Knobloch zu den Anwesenden.

Univ.-Prof. Dr. Peter Gstettner stellte seine Gedenkworte unter den kurzen, einprägsamen Satz: „Es bleibt“. Gstettner wies in seiner Rede darauf hin, dass Menschen, die den Holocaust überlebten, noch „Jahre nach ihrer Befreiung Gefangene ihrer Erinnerung“ blieben. Die Gnade des Vergessen-könnens sei niemandem beschieden, auch nicht, wenn Jahre vergehen.

Die musikalische Begleitung der Veranstaltung wurde vom Duo „Klezmer reloaded“, Alexander Shevchenko (Akkordeon), Maciej Golebiowski (Klarinette) gestaltet. Die Veranstaltung wurde von Gen. Vinzenz Jobst moderiert. ■



Eine besonders lebendige und gut besuchte Gedenkveranstaltung gab es heuer in Klagenfurt anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages

Wir gratulieren: Jänner bis März 2017

96. Geburtstag: Albrecht Anneliese, Wien. **95. Geburtstag:** Bruckner Eduard, Ploderer Johann, Wien. **94. Geburtstag:** Wachold Kurt, Wien; Trappl Josefine, Wilhelmsburg. **93. Geburtstag:** Wuttke Lia, Eichgraben; Radner Angela, Linz; Fantl-Brumlik Walter, Wien. **92. Geburtstag:** Turnitscher Hubert, Bruck/Mur; Zak Leo, Gutenstein; Michalica Paula, Seeböck Edith, Wien. **91. Geburtstag:** Male Maria, Ferlach; Schmitt Rosina, Linz; Lirsch Elfriede, Schwarzau am Steinfelde; Janosch Ernestine, Sidlof Hans, Wien; Sasso Katharina, Winzendorf. **90. Geburtstag:** Moritz Herbert, Salzburg; Daxböck Hilda, St. Pölten; Capra Erika, Leinmüller Hellmuth, Marchfeld Gertraud, Sedlak Walter, Seibezeder Kurt, Slabina Albin, Weisz Otto, Zelinsky Kurt, Wien. **85. Geburtstag:** Blahusch Johann, Heidenreichstein; Feigl Albert, Pichelmann Hedwig, Schmid Rudolf, Wien. **80. Geburtstag:** Luger Alois, Reif Ernst, Linz; Kolm Editha, Schwechat; Neudauer Rudolf, Siegendorf; Reichl Hermann, Steyr; Brunner Raoul, Henriquez Gladys, Horn Laszlo, Perl Gertrude, Sebek Josef, Wien. **75. Geburtstag:** Reichspfarrer Herbert, Baden; Obermann Helga, Innsbruck; König Manfred, Kremsmünster; Köstler Alfred, Laakirchen; Weiskopf Manfred, Landeck; Artner Ernst, Linz; Buchinger Horst, Radstadt; Gstöttner Ferdinand, Schärding; Kocevar Hans, St. Pölten; Draskovits Greta, Krainer Boris, Macho Erwin, Pöder Manfred, Wien; Pils Erich, Wiener Neustadt.

Bildungsreise nach Maribor, Triest und Gorica/Gorizia

Im Dezember 2016 besuchte die Wiener Bildungsakademie die umkämpfte Grenzregion zwischen Italien und Slowenien besucht. Ali Kohlbacher hat die wichtigsten Eckpunkte der Reise für unsere LeserInnen zusammengefasst.

Jahrhunderte lang wurde um das Grenzgebiet zwischen dem heutigen Italien und Slowenien gestritten, gekämpft und Blut vergossen. Oftmals wurden nach kriegerischen Auseinandersetzungen die Grenzen verschoben, oft mit schmerzlichen Folgen für die dort lebende gemischt-sprachige Bevölkerung. Die Busreise der Wiener Bildungsakademie (8. bis 10. Dezember 2016) führte in diese umkämpfte Region. Bei Vorträgen und Gesprächen mit VertreterInnen unserer sozialdemokratischen Schwesterparteien, der Sozialdemokratischen Partei Sloweniens und der Partito Democratico Italiano standen die historischen Spannungen, Gebietsansprüche und kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Österreich, Italien und Jugoslawien und die völkischen und nationalen Vorurteile im Zentrum. Erörtert wurden die Grenzverschiebungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Eine friedliche Lösung

der Probleme konnte erst im Rahmen der Europäischen Union gefunden werden.

Die ReiseteilnehmerInnen besuchten u.a. eine der riesigen, unter dem Mussolini-Fascismus errichtete Gedenkstätte für die bei den Isonzschlachten im 1. Weltkrieg gefallenen italienischen Soldaten, das Redipuglia Monumentale für 100.000 Gefallene. Mussolini wollte mit monumentalen Denkmälern der Heldenverehrung das italienische Volk für seine Kriege einstimmen. Bei den schlichten Denkmälern in Nova Goriza für die Kampf gegen die Truppen Hitlerdeutschlands gefallenen slowenischen Partisanen wurde eine Kerze entzündet. Beim Besuch des einzigen, auf italienischen Boden von den Nazi errichteten Konzentrationslager Risiera di San Sabba in Triest konnte die barbarische Verfolgung, Behandlung, Verschickung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der WiderstandskämpferInnen



Außenansicht der Risiera

nachvollzogen werden (siehe Beitrag von Gerald Netzl „Gedenkstätten in Italien“, Sozialdemokratischer Kämpfer, Nr. 10-11-12/2016). Doch auch historisch-politische Stadtführungen in Maribor, Triest, Gorica und Nova Gorica standen am Programm.

Die Bildungsreise führte eindringlich vor Augen, dass nur Toleranz und Völkerfreundschaft eine der Voraussetzungen für den Frieden in Europa sind und dass Rassenhass, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus energisch entgegengetreten werden muss. ■



Mahnmahl auf dem Gelände

Marsch für Tausend

Von Oktober 1939 bis Oktober 1942 wurden insgesamt etwa 50.000 jüdische WienerInnen vom Aspbangbahnhof aus in 47 Transporten zunächst in Ghettos genannte Lager, später direkt in Konzentrationslager und zu den Massenvernichtungsorten des NS-Regimes abtransportiert. Von 28. November 1941 bis 5. Oktober 1942 gab es zehn Deportationen von jeweils etwa 1.000 Menschen nach Maly Trostinec bei Minsk. Bei ihrer Ankunft in Maly Trostinec wurden die Menschen sofort

ermordet, entweder erschossen oder in Gaswägen erstickt. Unser Bund unterstützt die Bemühungen, ein würdiges Grabmal für sie in Maly Trostinec zu schaffen.

Am 75. Jahrestag der ersten Deportation nach Maly Trostinec, dem eiskalten 28. November 2016, zogen über 200 Kinder, Jugendliche und Erwachsene vom ehemaligen Sammellager in der Kleinen Sperlasse 2a zum Judenplatz. In klirrender Kälte wurden die Namen jener

verlesen, die damals von Wien in den Tod geschickt worden sind: 1.001 österreichische Juden und Jüdinnen, nur drei von ihnen haben ihre Deportation überlebt.

Im Gedenken an die Opfer des nazistischen Rassenwahnsinns findet 2017 noch neun Mal ein „Marsch für Tausend“ statt: 6. Mai, 20. Mai, 27. Mai, 2. Juni, 9. Juni, 17. August, 31. August, 14. September und 5. Oktober 2017. Wir rufen zur Teilnahme auf! www.im-mer.at ■



Im Zentrum von Minsk erinnert dieser Gedenkstein an die Opfer aus Österreich



Abschied von Sabine Oberhauser

Mit Sabine Oberhauser haben wir am 23. Februar eine große Tochter der Republik Österreich und vorbildliche Ministerin, eine überzeugte



SPÖ Frauen

Sozialdemokratin, leidenschaftliche Gewerkschafterin und Antifaschistin für immer verloren. Sie war auch Mitglied unseres Bundes.

Die Spitzen von Republik, Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbund verabschiedeten sich am 5. März in der Feuerhalle Simmering neben dem Zentralfriedhof mit persönlichen Erinnerungen von der viel zu früh Verstorbenen. „Ich lasse mir den Spaß am Leben einfach nicht verderben“, erinnerte sich Nationalratspräsidentin Doris Bures exemplarisch an einen Ausspruch der Verstorbenen zu ihrem Umgang mit der Krebserkrankung. Sabine Oberhauser sei „eine leidenschaftliche Kämpferin für Gerechtigkeit“ gewesen, „humorvoll, warmherzig und voller Lebensfreude“.

Bundeskanzler Kern würdigte Oberhauser als „authentische Sozialdemokratin, hervorragende Gewerkschafterin und große Feministin“, deren „Lebensenergie regelrecht ansteckend war“. Bundespräsident Alexander Van der Bellen sah in Sabine Oberhauser eine beispielgebende Persönlichkeit.

Sabine Oberhauser (geb. am 30. August 1963) war Ärztin, ÖGB-Vizepräsidentin und -Frauenvorsitzende und seit 2006 Nationalratsabgeordnete der SPÖ. Im September 2014 wurde sie Gesundheitsministerin, im Juli 2016 übernahm sie zusätzlich die Frauenangelegenheiten. Im Februar 2015 machte sie ihre Krebserkrankung öffentlich, der sie zwei Jahre später, im Alter von 53 Jahren, erlag.

Trauer um Ari Rath

Ari Rath ist am 13. Jänner im Alter von 92 Jahren gestorben. Unser Bundesvorsitzender, Johannes



wikipedia/Franz Johann Morgenbesser

Schwantner, würdigte in einer gemeinsamen Aussendung mit SPÖ-Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler das Leben und Wirken dieses bemerkenswerten Zeitzeugen und Publizisten.

„Ari Rath ist auch im hohen Alter nicht müde geworden, als Zeitzeuge zu berichten und zu mahnen. Mit ihm ist einer der letzten Holocaust-Überlebenden für immer von uns geschieden. Wir werden sein Andenken hoch halten“, betonte Schwantner. Für Niedermühlbichler war Raths antifaschistisches und gesellschaftspolitisches Engagement besonders beeindruckend. Mit diesem habe er die letzten Jahre in Österreich besonders gewirkt. Ob beim ‚Fest der Freude‘ am 8. Mai, im Rahmen der Produktion ‚Die letzten Zeugen‘ am Burgtheater, als Mahner im Zuge von Wahlausinandersetzungen oder als Zeitzeuge. Für viele

SozialdemokratInnen und AntifaschistInnen wird Ari Rath stets ein Vorbild bleiben.

Ari Rath wurde 1925 in Wien geboren und konnte 1938 in einem Kindertransport nach Palästina fliehen. Schon vor 1938 hat er den Antisemitismus in seiner Heimatstadt erlebt. Er wurde zu einer der bedeutendsten Persönlichkeiten des internationalen Pressewesens und gehörte dem engsten Kreis um den Gründer des Staates Israel, David Ben Gurion, an. Rath war Chefredakteur und Herausgeber der ‚Jerusalem Post‘, er zählte zu den bedeutendsten israelischen JournalistInnen. Seine Erlebnisse als vielfacher Zeuge einschneidender Ereignisse in Politik und Zeitgeschichte haben in dem 2012 erschienen Werk „Ari heißt Löwe. Erinnerungen“ Eingang gefunden.

Günther Radda ist tot!

Mit Trauer mussten wir feststellen, dass uns unser Genosse Günther Radda – an seinem Geburtstag, dem 25.12.2017 – uns für immer verlassen hat. Peter Lhotzky erinnert an ihn.



Es war sein letzter Wunsch, diesen noch zu erleben und dieser Wunsch ist ihm in Erfüllung gegangen.

Er war in unserer Bezirksgruppe stellvertretende Vorsitzender und Schriftführer. Aber lassen wir in selbst zu Wort kommen. In der Wiener Zeitung vom 1.5.2015 (Online) können wir folgendes lesen:

„1951 stand Günther Radda das erste Mal am 1. Mai auf der Straße. Der Krieg war zu Ende. Österreich war besetzt. Und Radda lebte zum ersten Mal in einer Gemeindefwohnung mit Strom, Klo und Wasser in den eigenen vier Wänden. Die Errungenschaften des roten Wiens waren keine abstrakten Worthülsen aus Geschichtsbüchern, sondern sie waren zum Anfassen nah. Radda war damals 13 Jahre alt und trug das blaue Hemd der Roten Falken, der Jugendorganisation der SPÖ, als er zum ersten Mal am Tag der Arbeit am Rathausplatz stand. Seit her ist der heute 77-Jährige jedes Jahr gekommen. „Für mich ist es mehr als eine Tradition. Das ist meine Partei. Das ist wie eine Familie“, sagt er. Nie hat der gelernte Möbeltischler an dieser Familie gezweifelt. Sein Credo: „Intern kann man sich befehlen, nach außen muss die Bewegung Geschlossenheit zeigen.“ 28 Jahre

lang war Günther Radda Vorsitzender der Sektion 10 im 9. Bezirk. 450 Mitglieder hatte sie, als er 1985 gekommen war. Als er sie 2013 verließ, waren es nur noch 80. „Viele haben gesagt: ‚Was brauche ich eine Partei, mir ist wichtig, wenn ich mein Geld verdiene‘ erzählt er. Die Leute seien zu egoistisch geworden, Werte, wie sozialer Zusammenhalt, Gleichheit und Gerechtigkeit, jene Werte, die er als kleines Kind noch bei den Wochenenden der Roten Falken am Lagerfeuer eingetrichtert bekam, haben für die meisten keine Bedeutung mehr. Der Materialismus habe alles verdrängt.

Er lernte Tischler und wechselte später beruflich in die Sozialversicherung – in die Wiener Gebietskrankenkasse – bis er in Pension ging.

Sowohl seinen Lehrberuf als auch seine „Beratertätigkeit“ in Sozialrechtsfragen hat er bis wenige Tage vor seinem Tod beibehalten. Mit ihm verliert die Familie der Sozialdemokratie einen unbeugsamen Genossen. Wie heißt es doch?

Lieber Günther, wir werden dich NIEMALS VERGESSEN

Geschlechterverhältnisse im Austrofaschismus

In dem Band wird das mittlerweile breite Spektrum an Forschungsprojekten präsentiert, das den Austrofaschismus als autoritäres Herrschaftssystem im Rahmen frauen- und geschlechterhistorischer Herangehensweisen analysiert.

Perspektivenwechsel – Das bedeutet einerseits neue Themenfelder zu erschließen und andererseits ein revisiting jener Gewissheiten vorzunehmen, die der kanonisierten Forschung eingeschrieben sind.

Die Autor*innen werfen die Frage auf, inwiefern patriarchale Strukturen und eine hierarchische Ordnung der Geschlechter einen zentralen Bestandteil autoritärer Herrschaftsformen darstellen, thematisieren die Organisation weiblich konnotierter (Lohn-) Arbeit in der Krise, befassen sich mit Geschlechterverhältnissen im Widerstand und untersuchen Rollenzuschreibungen in Gesellschaften, deren androzentrische Strukturierung durch faschistische Gesellschaftspolitiken wieder verstärkt wurden. In einer Erweiterung des geographischen Untersuchungsraumes setzen sich Beiträge zudem mit dem umkämpften Spanien im



Bürger*innenkrieg auseinander und machen deutlich, dass die (historische) Frauen- und Geschlechterforschung auch das Feld der transnationalen Faschismusforschung um eine unerlässliche Perspektive erweitert. ■

„PERSPEKTIVENWECHSEL. GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE IM AUSTROFASCHISMUS“
hg. von Veronika Duma, Linda Erker, Veronika Helfert und Hanna Lichtenberger
Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (ÖZG) 3/2016.
Innsbruck/Wien/Bozen, StudienVerlag, 2016, ISBN: 978-3-7065-5552-4, EUR 30,00

Mit Beiträgen von Irene Bandhauer-Schöffmann, Vera Bianchi, Johanna Dorer, Elisabeth Greif, Renée Lugschitz, Matthias Marschik, Toni Morant i Arriño, Irina Vana und Florian Wenninger.

Preise Einzelheft
EUR 30,00 / sfr 35,70;

Doppelheft 1+2/2014
EUR 34,90 / sfr 45,80

77 Jahre danach

Kennen Sie die Kanitzgasse in Wien-Liesing? Wenn ja, wussten Sie auch, dass diese Straße im schönen Bezirksteil Mauer ihren Namen erst 1966 erhalten hat?

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem tragischen Ableben von Dr. Otto Felix Kanitz hat man sich seitens der Wiener Stadtregierung besonnen und diesem weit über die Grenzen Österreichs bekannten Sozialdemokraten hier ein Zeichen der Wertschätzung gesetzt. Doch leider ist der Politiker Otto Felix Kanitz, aber auch sein Wirken als Reformpädagoge in Wien und Österreich etwas in Vergessenheit geraten. Selbst populäre Sozialdemokraten müssen bei dem Namen Kanitz oftmals passen.

Wer war nun dieser Genosse Kanitz? Was zeichnete ihn aus? Als Mensch? Als Politiker? Welches bahnbrechende Ideengut vertrat er standhaft? Welche Rolle spielte dabei seine jüdische Herkunft, sein Elternhaus? Wie hätte sich in der Zwischenkriegszeit die österreichische Kinderfreunde-Bewegung ohne Kanitz positioniert? Zur wenig selbstbewussten Fürsorgeorganisation? Wie hat es Kanitz geschafft im kaiserlichen Schloss Schönbrunn eine Erziehereschule einzurichten, an der unter anderem Eliteprofessoren Arbeiterkinder unterrichteten? Welche Bedeutung hatte die Zeitschrift „Die Sozialistische Erziehung“, de-

ren Chefredakteur Kanitz war? Oder, welche Connection bestand bereits 1929 zwischen Kanitz und Bruno Kreisky?

Prof. Heinz Weiss gibt in seinem jüngst erschienen Buch „Otto Felix Kanitz. Vom jüdischen Klosterschüler zum Top-Roten der Zwischenkriegszeit“ Antwort auf all diese Fragen und noch vieles mehr. Als Kenner der Geschichte der Sozialdemokratie zeichnet Weiss ein umfassendes Bild von Kanitz, dem Vor- und Querdenker der Partei, der einerseits als Liebling der Kinder und Jugendlichen galt, sich aber andererseits als politisches Enfant Terrible entpuppte. Brillante Rhetorik, Charisma und Ehrgeiz bildeten die Basis für Kanitz' steile Karriere. Diverse europäische, sozialistische Partnerorganisationen baten Kanitz regelmäßig bei Kursen, Seminaren und Symposien als Gastredner zu fungieren. Am Höhepunkt seiner Karriere wendet sich das politische Blatt und für Kanitz beginnt ein unsagbarer Leidensweg, der im KZ Buchenwald sein schreckliches Ende nimmt.

Das vorliegende Buch ist nicht nur spannend und facettenreich; es lässt auch auf-

grund des bewegten Lebens von Otto Felix Kanitz einen neuen Blickwinkel auf die österreichische Geschichte der Zwischenkriegszeit zu. ■



Bücher können telefonisch bei den Kinderfreunden unter folgender Rufnummer 01/ 512 12 98/Klappe 53 oder per Email otto.felix.kanitz.buch@gmail.com bestellt werden.
Preis : EUR 24,90 + Versandkosten

Orte der Shoah in Polen

Polen betreut ein schwieriges Erbe. Eine Vielzahl von Gedenkstätten erinnert an die Ermordung der europäischen Juden während der deutschen Besatzung. Im Buch „Orte der Shoah in Polen“ werden ausgewählte Orte vorgestellt und diskutiert. Gerald Netzl hat das Buch gelesen und 2012 und 2014 die meisten der diskutierten Orte besucht.

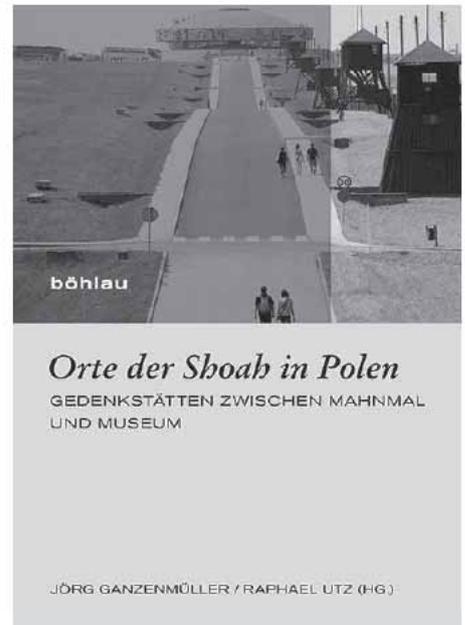
Chełmno, Bełżec, Sobibór, Treblinka, Majdanek, Płaszów und Oświęcim repräsentieren verschiedene Phasen, Formen und Bedingungen der Shoah. Sie haben zudem eine individuelle Nachgeschichte und unterscheiden sich auch heute durch ein jeweils eigenes Erscheinungsbild.

In Oświęcim und in Lublin-Majdanek wurde mit den baulichen Hinterlassenschaften der Deutschen gearbeitet, nicht so in Chełmno und den drei Massentötungsorten der „Aktion Reinhard“, wo von den Tätern vor Eintreffen der Sowjetarmee alle Spuren des Massenmordes verwischt wurden. In Bełżec, Sobibór und Treblinka wurden Mitte der 1960er Jahre, in der Zeit der polnischen Volksrepublik, reine Friedhofsanlagen gestaltet, ohne Museum oder Informationsangebot. Die sowjetische, und von Polen übernommene, Position, die Shoah nicht als ein explizit antisemitisches Verbrechen zu deuten, sollte lange Bestand haben. Im Juni 2004 wurde mit US-amerikanischer Finanzierung in Bełżec als erste eine neue, gelungene Gedenkstätte inklusive Museum eröffnet. Zwei Aspekte der Repräsentation müssen miteinander verbunden werden: die Geschichte des Ortes als Tatort und die Funktion des Ortes als Friedhof. In Sobibór wird aktuell an einem Museum gearbeitet. Für das gesamte Areal gilt, dass das Gedenken wichtiger ist als das Lernen über den Ort. Das Museum ist als Ergänzung zur Gedenkstätte gedacht.

Was kann man durch den Besuch eines Ortes der Shoah eigentlich lernen, was nicht auch durch Fachliteratur, in Filmdokumentationen oder Ausstellungen angeboten wird? „Betroffenheitspädagogik“, die mit Überwältigung, Furcht und Mitleid arbeitet, trägt nicht zur Auseinandersetzung mit dem Thema bei. Schlimmstenfalls kann die Konfrontation mit Furcht, Grausamkeit und Schrecken gar zu gänzlich unintendierten, konträren Reaktionen führen. Für große Teile der BesucherInnen (im Beitrag sind Museum Auschwitz und Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau gemeint) „schrumpft die Geschichte des Lagers auf stereotyp gewordene Metaphern des Grauens zusammen. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beschränkt sich darauf, dieses Grauen sehen zu wollen, um sich rhetorisch davon zu distanzieren.“

Auf die Beiträge zu den einzelnen Orten wird in diesem Artikel nicht weiter eingegangen, die sollen im Buch nachgelesen werden, Fotos und Grundinformationen bietet etwa Wikipedia. Von den ergänzenden Texten im Buch sind zwei besonders zu erwähnen: „Die Sprache der Shoah: Verschleierung – Pragmatismus – Euphemismus“. So sollte man etwa statt „Vernichtungslager“ den Terminus „Massentötungsanlagen“ verwenden. „Zwischen Pilgerfahrt und Bildungsreise – Israelisches Gedenken an den ehemaligen nationalsozialistischen

Tötungsorten der Shoah“ wirft einen kritischen Blick auf die Praxis der Polenreisen israelischer SchülerInnengruppen. ■



Orte der Shoah in Polen.
Gedenkstätten zwischen Mahnmal und Museum.
Herausgegeben von Jörg Ganzenmüller und Raphael Utz,
böhlau-Verlag, Wien, 2016,
ISBN: 978-3-412-50316-1,
358 Seiten, EUR 36,00

Kino: Der junge Karl Marx

Karl Marx wurde am 8. Mai 1818 in Trier geboren. Ende März kam ein sehenswerter Film in unsere Kinos, der Marxens Leben in den Jahren 1843 – 1848 zeigt. 1844, kurz vor dem Revolutionsjahr 1848, lebt der junge Karl Marx mit seiner Frau Jenny im Exil in Paris. Er lernt Friedrich Engels kennen, von dessen Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845) über die Verelendung des englischen Proletariats er begeistert ist. Engels wiederum ist fasziniert von Marx' philosophischen Ideen. Gemeinsam entwickeln sie eine ökonomische Theorie und verfassen schließlich im Frühjahr 1848 die programmatische Grundlage aller ArbeiterInnenparteien, das Manifest.

Der Film müsste besser „Der junge Karl

Marx, der junge Friedrich Engels und die junge Jenny Marx“ heißen, doch wäre das wohl zu sperrig. Denn im Film wurde sehr gut umgesetzt, dass die marxistische Gedankenwelt nicht das Produkt EINES Mannes allein war, sondern ein gemeinsames Werk. Der Film bildet auch die in jungen Jahren oft prekäre finanzielle Situation der Familie Marx ab, ist weder ein langweiliger Lehrfilm noch ein durchsichtiger Propagandafilm. Er zeigt die von Marx und Engels aufgedeckten und noch heute gültigen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus auf. Der Besuch des Films lohnt, trotzdem die Handlung 1848 endet, also zu einem frühen Zeitpunkt im gemeinsamen Schaffen unserer Ikonen. Ebenfalls sehenswert ist die Dokumentation „Karl Marx und der Klassenkampf“ in der ZDF-Mediathek. ■



Regisseur Raoul Peck erzählt die Entstehungsgeschichte einer weltbekannten Idee als Porträt einer engen Freundschaft. Seit Ende März auch in österreichischen Kinos zu sehen

Österreichische Exilbibliothek

Im Jahre 1993 wurde die Österreichische Exilbibliothek im Literaturhaus gegründet. Sie ist eine Abteilung der Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur. Eine kurze Vorstellung von Claus Michl-Atzmüller.

Die Österreichische Exilbibliothek in der Seidengasse im 7. Bezirk in Wien dokumentiert das Leben und die Arbeit österreichischer Schriftstellerinnen und Schriftsteller und anderer Kunstschaffender im Exil und Emigration seit 1933/38. Der Schwerpunkt dieser bedeutendsten Spezialbibliothek zum künstlerischen Exil in Österreich liegt auf Literatur, Theater, Publizistik, Musik, Kunst, Kulturwissenschaft und Verlagsgeschichte. Für viele Forscherinnen und Forscher, Journalisten, Studierende, und für noch lebende Künstlerinnen und Künstler sowie deren Nachkommen stellt die Exilbibliothek Archiv, Arbeitsstelle, Veranstaltungsort und Informationszentrum dar.

Unzählige Vertreterinnen und Vertreter der Kunst- und Kulturbranche waren durch das NS-Regime aus rassistischen oder politischen Gründen zur Flucht gezwungen und konnten sich durchwegs eine professionelle Existenz in den Aufnahmestaaten aufbauen. Namen wie Billy Wilder oder Stefan Zweig haben die künstlerische und literarische Welt entscheidend geprägt.

Die Exilbibliothek präsentiert ihre Arbeit mittels zahlreicher Methoden in der Öffentlichkeit: mit der Veranstaltungsreihe Österreichische Exilbibliothek, mit Führungen, Tagungen, Ausstellungen und Publikationen. Im Jahre 2004 wurde diese Arbeit der Exilbibliothek mit einem Preis der Dr. Karl-Renner-Stiftung der Gemeinde Wien ausgezeichnet.

Die Österreichische Exilbibliothek versteht sich als Ort lebendiger Erinnerung und des würdigen Gedenkens an Verfolgung. Im Jahre 2007 wurde die „Gesellschaft der Freunde der Österreichischen Exilbibliothek“ gegründet, die sich zum Ziele gesetzt hat, als unabhängiger Förderverein die Aufgaben und Projekte der Exilbibliothek zu unterstützen. Das reicht von der kritischen Erschließung von Materialien zu Verfolgung und Exil, über die Edition literarischer und biografischer Werke bis zur öffentlichen Vermittlung des Themas Exil. Ebenso steht der Auf- und Ausbau einer Servicestelle im Fokus der Gesellschaft der Freunde der Österreichischen Exilbibliothek.

Die Österreichische Exilbibliothek ist zudem Partner des Netzwerks und der virtuellen Ausstellung „Künste im Exil“.

Die Idee einer Informationsplattform, auf der weltweit archivierte Dokumente (Handschriften, Publikationen, Objekte, Fotos, Filme) über Emigration und Exil zusammen geführt werden, soll so verwirklicht werden.

Die Präsenzbibliothek besteht aus ungefähr 8.000 Titeln und etwa 1.600 Einheiten Periodika, die auch im Online-Katalog abrufbar sind. Sie enthält Publikationen österreichischer Schriftstellerinnen und Schriftsteller in Exil und Emigration, die seit 1933 außerhalb Deutschlands, seit 1938 auch außerhalb Österreichs erschienen sind. Sie enthält Originalausgaben, Neuauflagen und Übersetzungen, von EmigrantInnen übersetzte Werke, die Produktion von Exilverlagen, Exilzeitschriften und Fachzeitschriften zum Exil, Anthologien sowie Sekundärliteratur. Geöffnet hat die Exilbibliothek Montag und Mittwoch von 10.00 bis 15.00 Uhr (sowie nach Vereinbarung). ■

WEBTIPP: literaturhaus.at
(→Das Haus →Exilbibliothek)

Der grüne Winkel

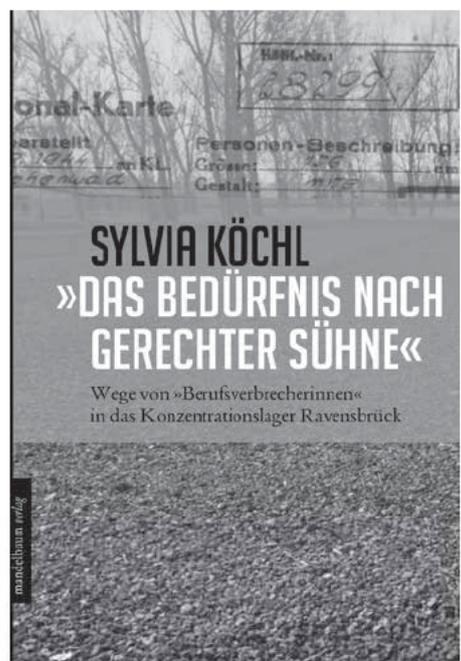
„Das Bedürfnis nach gerechter Sühne‘ – Wege von ‚Berufsverbrecherinnen‘ in das Konzentrationslager Ravensbrück“. So heißt ein neues Buch des Mandelbaum Verlages, der schon 2008 „Lebendiges Gedächtnis - Die Geschichte der österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück“ herausbrachte.

Das neue Buch, geschrieben von Sylvia Köchl, erzählt die Lebenswege von acht „Berufsverbrecherinnen“, vorbestraften Abtreiberinnen und Diebinnen aus Österreich, die ins nördlich von Berlin gelegene Frauen-KZ Ravensbrück deportiert wurden. Über die Häftlingsgruppe mit dem grünen Winkel ist bis heute fast nichts bekannt, und von den Opfern existieren keinerlei Selbstzeugnisse. Anhand von Gerichtsakten rekonstruiert die Autorin auf 100 von 340 Seiten diese Biografien und arbeitet insgesamt ein bisher wenig bekanntes Kapitel der NS-Geschichte auf.

Oft waren BVerinnen Funktionshäftlinge. Das betraf aber nur eine kleine Anzahl aller Häftlinge mit dem grünen Winkel und ließ ein verzerrtes Bild entstehen, dass alle BVerinnen privilegiert waren.

Gleich wie bei Politischen erfolgte die Einweisung ins KZ nach Verbüßung der gerichtlichen Arreststrafe, direkt vom Gefängnis ins

KZ. Lange hielt sich die – irrige Ansicht – kriminelle Häftlinge wären im KZ quasi im Arrest, anstelle des Gefängnisses. Nach 1945 waren alle KZlerinnen von Leistungen aus der Opferfürsorge ausgeschlossen, wenn sie aus der Zeit von 1938 vorbestraft waren, egal, welche Farbe ihr Winkel hatte. Erst 1975 wurde das gelockert und Freiheitsstrafen mit mindestens sechs Monaten als Ausschließungsgrund definiert. Bis heute haben ehemalige TrägerInnen des grünen bzw. des schwarzen Winkels keinen Anspruch auf Leistungen aus der Opferfürsorge, weil die drei Opferverbände eine Aufnahme in das Opferfürsorgegesetz verhinderten. Sylvia Köchl begründet das mit „weiterwirkenden gesellschaftlichen Vorurteilen“ und schließt das Buch mit der Forderung, dass das Gesetz entsprechend geändert gehört. Interessant sind auch noch die Ausführungen über die Institution „Arbeitshaus“, die es von 1885 – 1975 in Österreich gab. Die SS tötete in Ravensbrück 28.000 Menschen. ■



Sylvia Köchl:
„Das Bedürfnis nach gerechter Sühne“. Wege von „Berufsverbrecherinnen“ in das Konzentrationslager Ravensbrück, mandelbaum-Verlag, Wien, 2016, ISBN: 978385476-507-3, 340 Seiten, EUR 24,90

Vermögensentzug und Restitution

Hubert Steiner ist Historiker am Österreichischen Staatsarchiv in Wien, wo er das Aktenmaterial des Bundesministeriums für Finanzen der Ersten und Zweiten Republik betreut. Sein Beitrag behandelt die Akten des Vermögensentzugs durch die Nationalsozialisten und der Restitution im Österreichischen Staatsarchiv.

Aufbauend auf der Gesetzgebung in Deutschland wurde die Vermögensverkehrsstelle kurz nach dem Anschluss 1938 auch im besetzten Österreich errichtet. Sinn und Zweck war es, Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben zu entfernen und deren Besitz für den nationalsozialistischen Fiskus sicherzustellen. Diese Maßnahmen führten in der Folge zur vollkommenen Entrechtung der Juden und den Untergang in einem der zahlreichen Konzentrationslager oder Massentötungsanlagen.

Im Rahmen einer Projektarbeit, die sich über die Jahre 1990 bis 1993 erstreckte wurde der Findbehelf „Recht als Unrecht“ geschaffen. In diesem befinden sich die Namen von rund 50.000 Jüdinnen und Juden, die den nationalsozialistischen Richtlinien folgend, ihr Vermögen anmeldeten. Die Handhabung ist simpel, da Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum und die dazugehörige Aktenzahl in dieses Verzeichnis aufgenommen wurden.

Des Weiteren kümmerte sich die Vermögensverkehrsstelle um die sogenannte Arisierung von Gewerbe-, Handels- und Industriebetrieben aber auch Wohnungen. Im Rahmen der Arisierungen wurden die Betriebe von den jüdischen Vorbesitzern an propere deutsche Volksgenossen übertragen. Um den Anschein der Seriosität zu wahren mussten verschiedene Abteilungen der Vermögensverkehrsstelle mit der Arisierung befasst werden, was vom wissenschaftlichen Standpunkt als ein Glücksfall gilt, denn in diesen Fällen sind Quellen erhalten geblieben; nicht so aber bei den „wildem Arisierungen“, bei denen innerhalb weniger Tage

ein Gewerbe- oder Handelsbetrieb den Besitzer wechselte.

Der Aktenbestand der Finanzlandesdirektion

Als eine Institution „im Wandel der Zeit“ kann man die Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland bezeichnen. Sie war in der nationalsozialistischen Ära in gleichem Maße federführend für den Vermögensentzug wie die Vermögensverkehrsstelle und ab 1945 für die Rückführung des von den Nationalsozialisten geraubten Guts. In vielen Fällen war ein und derselbe Beamte dafür zuständig, was sich leicht an den Unterschriften feststellen lässt.

Zur Gänze erschlossen sind das Erste und Zweite Rückstel-

lungsgesetz, weitere Teile müssen noch gesichtet werden.

Im Anhang zum Aktenmaterial der Finanzlandesdirektion kamen auch 46 Deportationslisten in das Archiv der Republik. Anhand dieser lässt sich feststellen, dass in den Jahren 1941/1942 rund 47.000 Österreicherinnen und Österreicher jüdischen Glaubens deportiert wurden. Das beigefügte Aktenmaterial ist in den meisten Fällen das letzte schriftliche Zeugnis, welches über die Bedauernswerten angelegt wurde vor einer Reise, von welcher es keine Rückkehr gab.

Die Akten des Hilfsfonds für politisch Verfolgte

„Ich wäre dafür, dass man die Sache in die Länge zieht“ sagte Innenminister Oskar Helmer in der 132. Ministerratssitzung vom 9. November 1948 und meinte die Wiedergutmachung an österreichischen Jüdinnen und Juden.

Und in der Tat dauerte es bis zum August 1955, dass man sich dieses Themas annahm wobei angemerkt werden muss, dass in diesen Archivbeständen nicht nur Jüdinnen und Juden, die den Holocaust überlebt haben und deren Nachfahren registriert wurden sondern generell jene, die durch das natio-

nalsozialistische Regime diskreditiert und diffamiert wurden.

Der Hilfsfonds – bestehend aus mehreren Untergruppen (Alter Hilfsfonds, Abgeltungsfonds, Neuer Hilfsfonds-Grün, Neuer Hilfsfonds II, Sammelstelle A und Sammelstelle B) – wurde in Erschöpfung der finanziellen Möglichkeiten unter dem damaligen Bundesminister Dr. Wolfgang Schmitz Ende der 1960er Jahre eingestellt.

Seit den 1990er Jahren (Finanzlandesdirektion seit 2000) stehen die beschriebenen Archivbestände der wissenschaftlichen Forschung beziehungsweise der Familienforschung zur Verfügung. In der Zeit nach dem Abschluss des Washingtoner Abkommens war es die Aufgabe der involvierten Bestandsgruppe im Archiv der Republik zirka 35.000 Schreiben aus der ganzen Welt zu beantworten und mit Quellenmaterial zu dokumentieren. Somit haben diese Abteilung und die Verantwortlichen der Bestandsgruppe einen wesentlichen Anteil an der Aufarbeitung der Geschichte, vor allem aber an der offiziellen positiven Restitutionspolitik der Republik Österreich; ein Erfolg, der dem Archiv der Republik bedauerlicherweise von anderen Institutionen abgesprochen wird. ■



Anfang der 90er Jahr begann Dr. Steiner mit seinem Team die Aufarbeitung der Unterlagen der NS-Vermögensverkehrsstelle, die eine wichtige Rolle für die nachfolgenden Restitutionsverfahren spielten

Smrt fašizmu, svoboda narodu!

„Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!“ ist heute noch Leitbild des Kärntner Partisanenverbandes, deren Vorsitzender Andrej Mohar an dieser Stelle den Verband vorstellt.

Eigentlich heißt der Verband ja in der zweiten Landessprache Zveza koroških partizanov in prijateljev antifašističnega/Verband der Kärntner Partisanen und Freunde des antifaschistischen Widerstandes, aber nach dem Verein seit jeher stark mit den Organisationen der Widerstandskämpfer/innen aus der Mehrheitsbevölkerung (natürlich auch mit den SPÖ-Freiheitskämpfer/innen) zusammenarbeitet, kennt man ihn in Kärnten auch als Kärntner Partisanenverband oder Verband der Kärntner Partisanen.

In Wahrheit geht es bei dieser Organisation, die im kommenden Jahr ihr 70-jähriges Bestandsjubiläum begehen wird, um die größte Vereinigung der ehemaligen Partisanen und Widerstandskämpfer bzw. heute vor allem auch schon deren Nachkommen, wie der Blick auf die Zusammensetzung des aktuellen Vorstandes des Kärntner Partisanenverbandes zeigt. Doch der Begriff größte Vereinigung ist gar nicht die

richtige Umschreibung, geht es zum einen ja vor allem um die Vielfalt der Aktivitäten des Verbandes, und zum anderen um das Bewusstsein, dass es letztlich nicht entscheidend ist, wer etwas initiiert hat, sondern dass möglichst viele zusammenwirken und Bewusstseinsbildung betreiben.

Wirklich groß sind die Verdienste der Zveza koroških partizanov auch um die Geschichtsaufarbeitung, denn mit dem Museum am Peršmanhof hoch über Eisenkappel/Železna Kapla steht diese einzigartige Institution nicht nur jedes Jahr im Mittelpunkt einer der größten Gedenkveranstaltungen im Land, sondern bietet vor allem in Sommermonaten unter anderem vielen österreichischen Schulen Anschauungsunterricht zum Thema „Widerstand in Österreich gegen die NS-Gräueltat“.

Hinzu kommt, dass der Kärntner Partisanenverband für 60 Gräber in ganz Südkärnten sorgt, die vor allem den gefallenen und ermordeten Kämpfern

diverser Bataillone gewidmet sind, sondern unter anderem auch für die internationale Opfergedenkstätte in Völkermarkt/Velikovec, die erst im Vorjahr völlig neu und würdig gestaltet wurde. Alles etwa auch mit der Betonung der Tatsache (wie es auf der Gedenkstele in slowenischer, deutscher und englischer Sprache steht), dass „das Grabmal Zeugnis gibt vom anhaltenden Widerstand gegen die Terror-Herrschaft des Nationalsozialismus. Er hat sich aus zivilem Ungehorsam (Wehrdienstverweigerung) zum bewaffneten Widerstand entwickelt (1941-1945), dem einzigen auch militärisch erfolgreichen in den Grenzen des Dritten Reiches. Dieser Kampf wurde von der lokalen slowenisch- und auch deutschsprachigen Bevölkerung unter Todesgefahr, Entbehrungen und großem Leid unterstützt. Die Kräfte der Anti-Hitler-Koalition gaben ihm die organisatorische Basis (Titos Partisanenarmee) und haben ihn logistisch und mit Nachschub unterstützt (britische Militärmissionen und Agenten für spezielle Operationen). Es haben sich ihm auch viele geflohene Zwangsarbeiter vor allem aus der damaligen Sowjetunion und Kriegsgefangene angeschlossen.“

Gerade in diesem Sinne dient es eben auch nur dem Versuch einer möglichst umfassenden

Aufzählung der Tätigkeitsbereiche der Zveza koroških partizanov, wenn wir noch erwähnen, dass der Verband natürlich auch in der Bewegung von Memorial Kärnten-Koroška kräftig verwurzelt ist, von sich aus aber auch gute und ständige Kontakte und Kooperationen mit den zentralen Partisanenorganisationen in Slowenien, Italien und Russland pflegt. Vor diesem Hintergrund kann man schon auf die 70-Jahrfeier im kommenden Jahr gespannt sein – und bis dahin den Genossen viel Schaffenskraft und uns allen eine gute Zusammenarbeit mit der Zveze koroških partizanov auch weiterhin wünschen. ■



Die im Vorjahr neu gestaltete Gedenkstätte in Völkermarkt/Velikovec. Die Inschrift lautet: „Den Gefallenen für die Freiheit im Kampf gegen des Faschismus“.

Das Haus der Wannsee-Konferenz

Johanna Netzl hat sich anlässlich des 75. Jahrestages der Wannsee-Konferenz am 20. Jänner 1942 das Haus im Südwesten von Berlin angesehen.

Das Haus der Wannsee-Konferenz wird seit 1992 als Gedenk- und Bildungsstätte geführt. 1915 von einem vermögenden Unternehmer erbaut, war es bis 1940 in Privatbesitz, als der SS-Sicherheitsdienst es erwarb. Nach Kriegsende nutzte die Rote Armee das Gebäude, später die U.S. Army. 1947 zog das August-Bebel-Institut der SPD ein, ab 1952 diente die Villa als Schullandheim des Bezirks Berlin-Neukölln. Erst 1988 veran-

lasste der (West-)Berliner Senat die historische Rekonstruktion von Villa und Garten sowie die Einrichtung der Gedenkstätte.

Der Eintritt in die Gedenkstätte ist kostenlos. Die Dauerausstellung im Erdgeschoss des Hauses informiert in 15 Räumen ausführlich und chronologisch über die Ausgrenzung, Verfolgung, Vertreibung, Ghettoisierung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im deutschen Einflussbereich zwi-

schen 1933 und 1945. Sie ist als Rundgang konzipiert und thematisch geordnet. Die Informationen sind intermedial aufbereitet, die Texte und Hörstationen sind jeweils auf Deutsch und Englisch vorhanden. Audio-Guides (3 Euro) werden zusätzlich zu Deutsch und Englisch auf Französisch und Hebräisch angeboten. Neben Hörbeispielen, historischen Fotografien und den Informationstexten werden Auszüge aus Reden, Gesetzen, Erlassen und

Briefen gezeigt. Durch die Fülle und Spezifität der Ausstellung ist ein Besuch unabhängig vom bisherigen Wissensstand lohnenswert.

Die Gedenkstätte bietet ein breites Bildungsprogramm von öffentlichen Führungen (jeweils samstags und sonntags). Zusätzlich beinhaltet sie eine Bibliothek und eine Mediathek, die sowohl SeminarteilnehmerInnen als auch EinzelbesucherInnen zur Verfügung stehen. Online ist die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz unter www.ghwk.de zu finden. ■

Helden ihres Volkes

Der Beitrag der jüdischen Bevölkerung zur Befreiung Jugoslawiens ist vor allem im Westen vergessen. In den Nachfolgestaaten wird die Erinnerung vor allem an die elf jüdischen Nationalhelden hochgehalten. Ein Gastbeitrag von Christoph Baumgarten.

Sie waren Schülerinnen, Arbeiter, Lehrer, Ärztinnen. Als die deutschen, italienischen und kroatischen Faschisten kamen, wurden sie Partisanen. Die meisten ließen für die Befreiung ihrer Heimat ihr Leben. Sie waren Narodni Heroji, Nationalhelden Jugoslawiens, die höchste Auszeichnung Jugoslawiens für Beteiligung am Befreiungskampf.

1.322 Menschen durften diesen Titel tragen. Elf waren jüdisch: Zehn Männer und eine Frau.

Der bekannteste war der Journalist und Revolutionär Moša Pijade. Er war schon im Königreich Jugoslawiens Mitglied der illegalen KP, die 1941 zur Keimzelle der Volksbefreiungsbewegung wurde. Er gründete die Nachrichtenagentur TANJUG, im Krieg das wichtigste Informationsorgan der Partisanen und der Volksbefreiungsbewegung. Pijade war Ziel antisemitischer Propaganda der Nazis und der Četniks. Man wollte die Partisa-

nen als „jüdisch unterwandert“ darzustellen, um antisemitische Kroaten, Serben oder Bosnjaken davon abzuhalten, sich einer Bewegung anzuschließen, in der Juden entscheidende Positionen hatten. Pijade war einer von nur drei jüdischen Nationalhelden, die den Krieg überlebten. Die Arbeiterin Ovadija Estreja Mara aus Bitola in Mazedonien war die jüngste jüdische Nationalheldin, die fiel. Sie starb im Alter von nur 22 Jahren bei einem Gefecht ihrer Siebten Mazedonischen Brigade gegen italienische Truppen im Jahr 1944.

Jugoslawien war das einzige sozialistische Land, das an die jüdischen Opfer der Faschisten erinnerte und aktiv jüdische Partisanen ehrte. In der Historiografie der UdSSR und Polens spielten diese Gruppen jahrzehntelang nur eine Nebenrolle, ebenso in der DDR. Vor allem in Polen lag das am weit verbreiteten Antisemitismus.

Die jüdische Bevölkerung Jugoslawiens wurde fast ausgelöscht

Etwa 66.000 der 83.000 jüdischen Jugoslawen dürfte im Zweiten Weltkrieg ermordet worden sein.

Der Großteil wurde Opfer der Ustaša und der Nazis. Die Ustaša ermordeten auch 600.000 Serben und zehntausende Sinti und Roma. Das serbische Kollaborationsregime und die bulgarische Regierung, der Mazedonien zugeschlagen worden war, lieferten Juden an die Nazis aus.

Ein hoher Anteil zur Befreiung der Heimat

Knapp 4.600 Juden waren in der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung aktiv, die nach dem Überfall der Nazis und der Zerschlagung des Landes gegründet worden war. Knapp 3.000 waren Mitglieder von Partisanen-Einheiten. Die anderen unterstützten den Befreiungskampf mit Hilfsdiensten wie Spionage, Propaganda oder Spendensammlung. Etwa 3.300 dieser Widerstandskämpferinnen und -kämpfer überlebten den Krieg. Damit war fast jeder fünfte jugoslawische Jude, fast jede fünfte jugoslawische Jüdin, der oder die den Krieg überlebt hatte, im Widerstand. ■

WEBTIPP: Eine ausführlichere Darstellung des Beitrags der jüdischen Bevölkerung zur Befreiung Jugoslawiens ist auf Christophs Blog balkanstories.net nachzulesen.



Christoph Baumgarten

Das Denkmal vom jüdischen Friedhof in Sarajevo für die Opfer der Shoah

Cesare Battisti

Genosse Peter Riedmann aus Innsbruck schickte uns folgenden Beitrag, der an den altösterreichischen italienischen Sozialisten Cesare Battisti erinnert.

Cesare Battisti (* 4. Februar 1875 in Trient, damals Österreich-Ungarn; † 12. Juli 1916 ebenda) war Geograf. Bereits 1902 wurde er Gemeinderat in Trient, 1911 sozialistischer Abgeordneter zum österreichischen Reichsrat und im Mai 1914 zum Tiroler Landtag. Er gründete 1897 die sozialistische Tageszeitung „Il Popolo“. Bis 1904 war er Autonomist (sein Ziel war die dem italienischen Trentino von Österreich nicht zugestandene Autonomie), danach wurde er Irredentist (Irredento = unerlöst, nach der Einigung Italiens 1861 war das Ziel die Angliederung der unter österreichischer Herrschaft ver-

bliebenen italienisch besiedelten Gebiete Trentino und Triest), seine sozialistische Weltanschauung gab er nicht auf. Am 12. August 1914 reiste Battisti legal ins damals noch neutrale Italien und trat mit Kriegseintritt Ende Mai 1915 in dessen Armee in den Krieg gegen Österreich-Ungarn ein. Gemäß internationalem Recht empfing er damit die italienische Staatsbürgerschaft und verlor die österreichische, was aber beim späteren Standrechts- bzw. Kriegsgerichtsverfahren in Abrede gestellt wurde! Am 10. Juli 1916 wurde er von österreichischem Militär nach einem Ge-

fecht gefangen genommen und nach kurzem Prozess in Trient wegen Hochverrats trotz formalrechtlicher Immunität als Reich-



wikipedia

Die herabwürdigende Zurschaustellung des erhängten Cesare Battisti durch den Henker Josef Lang (1916)

ratsabgeordneter hingerichtet. Ironischerweise war es Mussolini, der zunächst das Andenken Battistis bewahrte. Sie lernten sich 1909 in Trient kennen, als Mussolini noch Sozialist war, waren jedoch unterschiedlicher Meinung über die anzustrebende Nordgrenze. Bei dieser Gelegenheit schimpfte Battisti Mussolini „Taci, mulo!“ (= Schweig, Esel!). Battistis Witwe Ernesta, Sozialistin wie er, verwehrte sich gegen eine mögliche Vereinnahmung Cesares durch die Faschisten. Sein Sohn Luigi war nach dem Zweiten Weltkrieg kurzzeitig Bürgermeister von Trient, seine Enkelin (Luigis Tochter) Mimma Battisti Bonelli war Stadträtin für Soziales in Bozen. Mit 40 Jahren entschied er sich Soldat zu werden und nicht nur als „Kraakeeler“ im geschützten Hinterland zu bleiben – er wurde zum Märtyrer seiner Sache. ■

NPD-Verbot abgelehnt

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wird nicht verboten, so lautete der am Dienstag, 17. Jänner 2017, verkündete Spruch der obersten VerfassungsrichterInnen in Karlsruhe. Eine Verortung von Gerald Netzl.

Die NPD vertritt ein „auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept“. Sie wolle „die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen“.

Ihr politisches Konzept missachte „die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar“. Zugleich arbeite die NPD „planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin“. Dennoch wird die NPD nicht verboten. Denn: Es fehle „derzeit an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt“. Aus antifaschistischer Sicht ist dieses Urteil nicht nur irritierend, sondern skandalös.

Das erneute Scheitern des Parteiverbots wurde mit der geringen

Bedeutung der NPD begründet. Damit ist der Bundesrat als Antragsteller im Verfahren zum zweiten Mal mit dem Wunsch nach einem Parteiverbot gescheitert. Das Anliegen wurde parteiübergreifend von MinisterpräsidentInnen und InnenministerInnen von SPD, CDU und sogar der CSU geteilt. 2003 war ein erstes NPD-Verbotsverfahren wegen V-Leuten des Verfassungsschutzes in der Partei eingestellt worden. Sämtliche InnenministerInnen bezeugten, dass es heute in den Führungsgremien der NPD keine staatlichen Spitzel mehr gibt.

2017 ist die NPD in keinem Landtag mehr vertreten. Dafür zählt die Partei (Stand November 2016) 338 kommunale Mandate auf. 264 davon in ostdeutschen Volksvertretungen. Die NPD hat Mitglieder an andere rechtsextremistische Gruppierungen wie den „Dritten Weg“ verloren. Auch die AfD hofft auf politisch vorbelasteten Zustrom aus der NPD. Ob mit oder ohne Verbot.

Die AfD kann schlussfolgern, dass, wenn schon die NPD mit ihrer „Wesensverwandtheit“ zum NS-Regime nicht kriminalisiert wird, sie selbst noch einmal erheblich an Rassismus und Nationalismus zulegen darf, ohne juristische Risiken einzugehen. Die WählerInnen von AfD und NPD können eventuell noch vorhandene Zurückhaltung aufgeben, denn das höchste Gericht hat ja „erlaubt“, was man da tut.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) hat eine klare, ablehnende Position zum Urteil, wie von der Bundesvorsitzenden Cornelia Kerth formuliert: „An allen Gedenktagen an die Opfer des NS-Regimes werden von den politisch Verantwortlichen in Deutschland Reden gehalten in denen man die Verbrechen des deutschen Faschismus benennt und ein ‚Nie wieder!‘ verspricht. ... Zu den historischen Verbrechen des deutschen Faschismus gehören auch die knapp 200 Toten seit 1990 und die rassistischen Mobilisierungen der letzten zwei Jahre bei denen die NPD eine wesentliche Rolle gespielt hat. Sie hat Strukturen, Ideologie und hasserfüllte Parolen zur Verfügung gestellt, was sogar noch aus Steu-



Kundgebung der NPD in Würzburg im März 2004

Christian Horvat/wikipedia

ermitteln finanziert wird. Das macht deutlich, dass von der NPD Gefahr ausgeht unabhängig davon, ob sie in Parlamenten sitzt oder nicht.

Außerdem wurde vorsätzlich darauf verzichtet, dem völkischen Nationalismus wie er auch durch die AfD vertreten wird, einen Riegel vorzuschieben. Dazu sagen wir Nein: Faschismus gehört verboten, weil er keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. Die NPD hat, ebenso wie andere faschistische Gruppierungen keinen Anspruch auf Legalität.“ AntifaschistInnen in Österreich sind vom Urteil genauso entsetzt, VerfassungsrichterInnen treffen manchmal verwunderliche Entscheidungen – in Österreich wie in Deutschland. Webtipps mit vielen interessanten weiterführenden Seiten: www.vvn-bda.de. ■

„Aula“ muss widerrufen

Der Oberste Gerichtshof hat im Verfahren über einen Hetzartikel gegen KZ-Überlebende eine Entscheidung gegen die rechtsextreme Zeitschrift „Aula“ getroffen. Wir danken den zahlreichen SpenderInnen, die dem Aufruf in der letzten Ausgabe gefolgt sind, und einen Beitrag zu den Anwaltskosten leisteten!

Manfred Duswald veröffentlichte in der rechtsextremen und FPÖ-nahen Zeitung „Aula“ vom Juli/August 2015 einen Artikel mit dem Titel „Mauthausen-Befreite als Massenmörder“. Darin bezeichnete Duswald befreite KZ-Häftlinge als „Landplage“ und „Kriminelle“, die „raubend und plündernd, mordend und schändend das unter der ‚Befreiung‘ leidende Land plagten“. Duswald ist übrigens Mitglied der rechtsextremen Münchner Burschenschaft „Danubia“.

Im Grazer Landesgericht für Zivilrechtssachen wurde nun am 15. Februar das Verfahren um den Hetzartikel beendet. Nachdem der Oberste Gerichtshof bereits gegen

die Zeitschrift entschieden hatte, ging es nur noch um die Kosten. Der OGH entschied heuer im Jänner schließlich gegen die vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) als rechtsextrem eingestufte Zeitschrift und bestätigte die einstweilige Verfügung.

Damit wurde die persönliche Betroffenheit der Kläger anerkannt und die Richtung für den Ausgang des Zivilverfahrens vorgegeben. Die Zeitschrift muss nun die Beleidigungen von KZ-Überlebenden widerrufen. Sämtliche Ansprüche der KlägerInnen wurden anerkannt, auch die Verfahrenskosten

müssen von dem Blatt getragen werden.

Ausgangspunkt des Verfahrens war eine Anzeige von den Grünen bei der Staatsanwaltschaft Graz, die das Verfahren gegen den Autor des Artikels aber einstellte. In der Folge wurde auf zivilrechtlichem Weg

eine einstweilige Verfügung gegen die im Artikel aufgestellten Behauptungen beantragt. Als Kläger traten nun neun KZ-Überlebende auf, darunter Prof. Rudolf Gelbard, KZ-Überlebender und Mitglied unseres Bundesvorstandes, sowie die Tochter des 2007 verstorbenen Publizisten Leon Zelman. ■



Gemeinsam gegen rechte Hetze: Anwältin Maria Windhager, Rudolf Gelbard sowie der Grünen-Bildungssprecher Harald Walser erstatteten im Sommer 2016 Anzeige (v.l.n.r.)

www.gruene.at

Am Denkmal Karl Renners wurde in den vergangenen Jahren heftig gekratzt. So wurde die Umbenennung des Dr. Karl Renner-Ringes in Parlamentsring gefordert. Diese kritischen Töne gehen auf ein Interview vom 3. April 1938 zurück, in dem Karl Renner im „Neuen Wiener Tagblatt“ sein Ja zum Anschluss an Hitler-Deutschland verkündete. Angesichts dieses „Fehltrittes“ geht aber oft die Gesamtsicht auf diesen sozialdemokratischen Jahrhundertpolitiker verloren. Es ist daher besonders verdienstvoll, dass sich der Berliner Politikwissenschaftler Richard Saage diesem sehr komplexen Thema angenommen hat. Er stützt sich dabei auf den Renner-Nachlass und das sehr umfangreich gedruckte Œuvre des Politikers. Welcher andere Politiker der Ersten oder der Zweiten Republik hat in vergleichbarem Ausmaß tausende Seiten an fachlich hoch qualifizierten, aber dennoch gut lesbaren Schriften geschaffen? Hier mag man noch Otto Bauer nennen, aber als erfolgreicher Politiker in der Praxis bleibt nur noch Renner übrig, den Saage den „Ersten Präsidenten“ nennt.

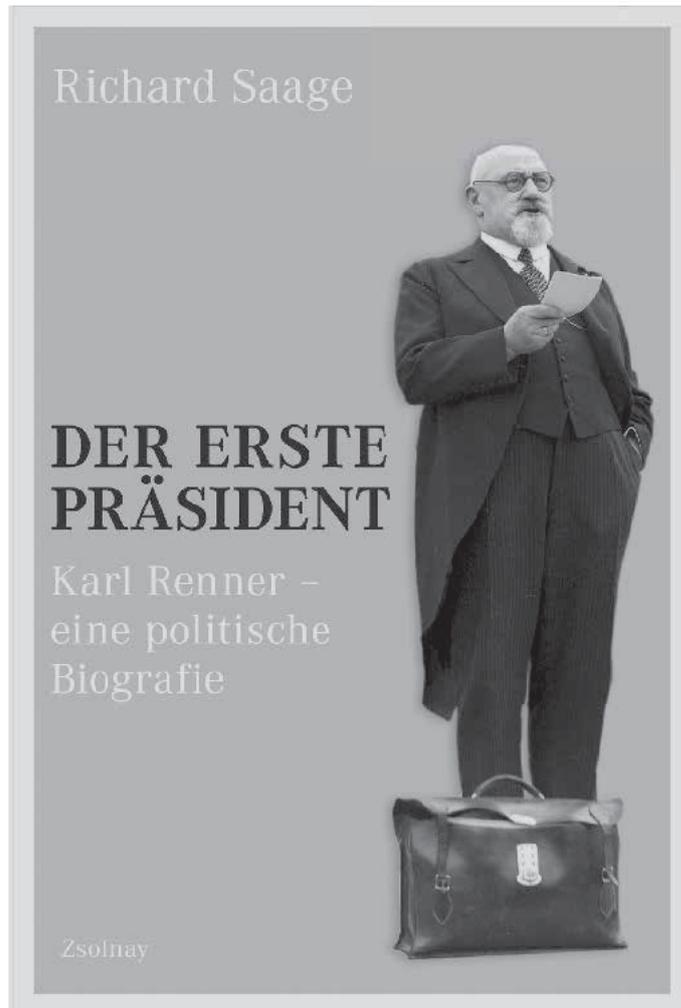
Karl Renner ist nur im Lichte seiner südmährischen Kindheit und Jugend zu verstehen. Als Sohn einer tiefreligiösen kleinbäuerlichen Familie musste er deren sozialen Abstieg miterleben. Ein Wendepunkt, der seine Entscheidung für die Arbeiterbewegung mitbegründete. Renner entwickelte einen ausgeprägten Aufstiegswillen, wobei er von feudal-bürgerlichen Eliten unterstützt wurde, die ihm den Eintritt in den Staatsdienst (Reichsratsbibliothek) ermöglichten. Allen voran Eugen von Philippovich, ein bürgerlicher Professor, der Renner auch schon den Weg für ein erfolgreiches juristisches und national-ökonomisches Studium ebnete.

Vor diesem Hintergrund und auf Grund dieser Erfahrungen muss man den „Konsenspolitiker“ Renner als Reformmarxisten begreifen, ein Politiker, der den Konsens mit den bürgerlichen und agrarischen Parteien suchte und seine Gesprächsbereitschaft sogar in aussichtslosen Situationen offenhielt. Diese galt sogar für die Zeit des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus, was ihm den Vorwurf der Anbiederung und des Opportunismus einbrachte.

1907 gelangte Renner vom sicheren Staatsdienst in die Politik und avan-

Der erste Präsident

Richard Saage untersucht in seiner Biographie über Karl Renner, was vom Erbe des umstrittenen Politikers bleibt. Eine Rezension von Claus Michl-Atzmüller.



Richard Saage: Der erste Präsident. Karl Renner – eine politische Biografie, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2016, ISBN: 978-3552057739, 416 Seiten, EUR 26,00

cierte zum vielschichtigsten Politiker des 20. Jahrhunderts: Zunächst Reformdenker für die Habsburger-Monarchie, freilich unter ihrer Demokratisierung, nach dem 1. und 2. Weltkrieg Staatskanzler, Befürworter einer Donauföderation, Verhandler des Friedensvertrages von St. Germain, schließlich Anhänger eines Anschlusses an das Deutsche Reich. Nach den Weltkriegen erwies sich Renner als genialer „Krisenmanager“, als idealer Mann im Staate.

Renner verfolgte stets die Idee eines „übernationalen Staates“. Als all die oben genannten Optionen nicht realisierbar oder gescheitert waren, sah er für die kleine Republik Österreich die übernati-

onale Verankerung in der UNO, die er visionär als Vorstufe zum Weltstaat der Zukunft sah.

Als Konsenspolitiker, der auch im Genossenschaftswesen und als Gründer der Arbeiterbank fungierte, wird dem austromarxistischen Theoretiker, der die Rechtssoziologie mitbegründete, oftmals die Eigenschaft als Marxist abgesprochen. Saage hingegen belegt, dass sich Renner bis zu seinem Tode als Marxist verstand, der allerdings das revolutionäre Pathos abgelehnt und auf eine evolutionäre Transformationsperspektive gesetzt hat.

Die Herausbildung der Theorien des Austromarxismus war vor al-

lem durch den Revisionismusstreit in der deutschen SPD geprägt. In praktisch-politischen Fragen stand Renner den deutschen Revisionisten und Reformisten nahe, unterstützte aber nicht die Forderung nach einer Revision des Marxismus an sich. An Marx gäbe es nichts zu revidieren, die Aufgabe bestünde darin, Neues zu ergründen, das heißt diejenigen Erscheinungen und Prozesse wissenschaftlich adäquat zu erfassen, die für die neuere Periode in der Entwicklung des Kapitalismus charakteristisch seien. Renner kritisierte die deduktive Methode von Karl Marx, der er seinen „induktiven Marxismus“ entgegengesetzte.

Im Zentrum der gesellschaftlichen Theorie Renners standen Staat und Recht, in der er die lassalleianischen Tradition fortzusetzen schien. Jedoch führt die Verknüpfung von Staat und Wirtschaft über diese Tradition hinaus und schlug sich in der berühmten Konzeption der „Durchstaatlichung des Wirtschaftslebens und der Verwirtschaftlichung des Staatsgewalt“ nieder. Die Verrechtlichung gesellschaftlicher Verhältnisse stand im Vordergrund. Die Institutionalisierung des Klassenkonflikts erschien als notwendige Konsequenz der Verrechtlichung des Klassenkampfes. Renners Ansatz sollte in der 2. Republik seine Verwirklichung in der Sozialpartnerschaft finden.

Saages Renner-Biografie ist also vorwiegend theorie- und ideengeschichtlich ausgerichtet, wobei er auf Grund der Fülle an Quellen manchmal überfordert wirkt. Allerdings werden die Schriften und Reden Renners mit Sorgfalt ausgelegt, aus zahlreichen Privatbriefen wird auch der Mensch sichtbar gemacht. Manchmal fehlen aber tiefgründige Analysen.

Wie immer man Renner beurteilen mag, ob sein „außerordentliches Ego“, seinen Mangel an Selbstkritik, seinen vermeintlichen Opportunismus, seine unsensible Haltung zur Entschädigung von Juden nach dem 2. Weltkrieg, oder die Problematik der „Opferthese, die Größe als demokratischer Konsenspolitiker kann ihm nicht abgesprochen werden. Er drückte sich in schwierigen Zeiten nie vor der Verantwortung und traf meist die richtigen Entscheidungen. Diesen herausragenden Verdienst, chronologisch und in einer verständlichen Sprache aufgezeigt zu haben, ist das Verdienst von Richard Saage. ■



Befreiungsfeier Mauthausen

Bereits seit 1946 findet eine Zeremonie zur Wiederkehr der Befreiung des KZ Mauthausen statt. Heuer steht sie unter dem Motto „Internationalität verbindet“. Die gemeinsame Hauptfeier beginnt um 11.00 Uhr. Wir als Bund halten davor, um 9.45 Uhr, bei der Gedenktafel für den ermordeten Richard Bernaschek eine Gedenkfeier ab. Wir bitten um Anmeldung für die organisierten Busse bis spätestens 24. April 2017.

Ab Wien: Treffpunkt 6:45 Uhr, Hütteldorf/Busbahnhof, Abfahrt 7 Uhr

Die anderen Abfahrtszeiten erhaltet Ihr bei den jeweiligen Kontaktpersonen des Bundeslandes.

Kontaktadressen: Wien: Bundesbüro (Mo. - Do. 9 - 16 Uhr, Fr. 9 - 13 Uhr)
Tel.+43 (0)1 534 27-277
E-Mail: www.freiheitskaempfer.at

Niederösterreich: Harald Ludwig
Tel. +43(0)2742 22 55
E-Mail: harald.ludwig@spoe.at

Oberösterreich: Samuel Puttinger
Tel.: +43 (0)664 614 550 99
E-Mail: freiheitskaempfer.spoe@aon.at

Salzburg: Neunherz Alexander
Tel.: +43 (0)662 42 42 00-400
E-Mail: alexander.neunherz@spoe.at

Tirol: Helmut Muigg
Tel.:+43 (0)512 53 66 17
E-Mail: freiheitskaempfer@spoe-tirol.at

Loibl Bildungs- und Gedenkfahrt 09. - 11.6.2017

Wien: Bundesbüro (Mo. - Do. 9 - 16 Uhr, Fr. 9 - 13 Uhr)
Tel.+43 (0)1 534 27-277
E-Mail: www.freiheitskaempfer.at

Internationale Sommerakademie 2017

Dieses Fortbildungsseminar unter dem Titel

„Auschwitz – Geschichte, Gedenken und Bildung“

eröffnet die Möglichkeit einer intensiven und gleichzeitig persönlichen Beschäftigung für Lehrerinnen und Lehrer mit vielfältigen Themen über und rund um die Gedenkstätte Auschwitz.

Neben einem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz – als Beispiel der NS-Verbrechen – soll die Besichtigung der Stadt Krakau einen Überblick über das NS-System und das Leben der polnischen Bevölkerung einst und jetzt geben. Während des Stadtrundganges wird zusätzliches Augenmerk auf die wichtigsten historischen Bauten gelegt.

Wann: 19. bis 25. August 2017

VeranstalterInnen:

PH Wien und das Auschwitz-Birkenau Staatsmuseum, Internationales Zentrum für Bildung über Auschwitz und den Holocaust

Mitveranstalterin: Arbeiterkammer Wien

Anmeldungen und Informationen:

Thea Schwantner, Mas, Msc, Medu
E-Mail: thea@schwantner.com
Website: www.langbeinsymposium.at/

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Christoph Baumgarten, Konstanze Flamm, Vinzenz Jobst, Ali Kohlbacher, Peter Lhotzky, Claus Michl-Atzmüller, Andrej Mohar, Gerald Netzl, Johanna Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Peter Riedmann, Susanna Steiger-Moser, Hubert Steiner, Elysa Waltner, Peter Weidner, Heinz Weiss.

Grafische Gestaltung: Wien Work - Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. März 2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 9. Juni 2017

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

ZlNr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M